

## 353. Sitzungsprotokoll

Termin Montag, 8. September 2014, 19:30 Uhr

Ort Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal

Vorsitz Messerli Gregor (FDP), Präsident

1. Vizepräsidentin Raymann-Ochsenbein Brigit (SP)

2. Vizepräsident Wälti Martin (SVP)

1. Stimmzählerin Zwahlen-Leibundgut Beatrix (EVP)

2. Stimmzähler Hauser Adrian (BDP)

Mitglieder Läderach Christof (BDP)  
Stocker-Sturzenegger Christine (BDP)

Bergmann Andreas (EVP)

Stöckli Rolf (EVP)

Suter Harry (EVP)

Utiger Heinz (EVP)

Jörg Corinne (parteilos; Sitz FDP)

Kämpfer Erwin (FDP)

Kölliker Lenka (FDP)

Maccaferri-Iseli Barbara (FDP) (ab 21.10 Uhr; Traktandum Nr. 7)

Schweizer Hans Peter (FDP)

Brook Liechti Vanessa (GLP)

Graf Stefan (GLP)

Jorio Nicola (GLP) (ab 19.45 Uhr; Traktandum Nr. 1)

Jost-Pfister Catarina (GLP)

Aebersold Daniel (SVP)

Bernhard Niklaus (SVP)

Hirsbrunner Bruno (SVP)

Stucki Simon (SVP)

Wälti Sandra (SVP)

Wermuth Bruno (SVP)

Büchel-Wampfler Sandra (SP)

Burkhalter-Huber Regula (SP)

Federer Guido (SP)

Fröhlich Viktor (SP)

Kühn-Blank Christa (parteilos; Sitz SP)

Le Fort Werthmüller Geneviève (SP)

Ramseier-Doevendans Anneke (SP)  
Zeh Weissmann Heiko (SP)

Abwesend Cetin Christopher (EVP)  
Cetin Mayk (EVP)  
Christensen Sven (FDP)  
Fasel Didier (BDP)  
Gfeller Paul (SVP)  
Widmer Seline (parteilos; Sitz FDP)

Gemeinderat Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident  
Hauser Ernst  
Hubacher Peter  
Lädrach Markus  
Leiser Thomas  
Masciadri Monica  
Moser Christoph

Abteilungsleiter Geser Nicole, Leiterin der Polizeiabteilung  
Reusser Christian, Gemeindeschreiber  
Rubi Christoph, Stv. Leiter der Finanzabteilung  
Thöni Urs, Leiter der Bauabteilung  
Zaugg Werner, Leiter der Sozialdienste

Sekretär Wälti Thomas, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Protokollführer/in Gfeller Monika, Sekretärin Präsidialabteilung  
Schätzle Joel, Lernender Präsidialabteilung

## Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der Sitzung vom 23. Juni 2014: Genehmigung
3. Vorschau 2015: Kenntnisnahme
4. Finanzplanung 2015/19: Genehmigung
5. Leistungsverträge mit den Kulturinstitutionen/Finanzierungsschlüssel, Vernehmlassung; Stellungnahme: Genehmigung
6. Reglement über die finanzielle Unterstützung der im GGR vertretenen politischen Parteien und Wählergruppen; Aufhebung: Genehmigung
7. Schulanlage Worboden; Neugestaltung Lehrerbereich: Kreditbewilligung
8. Strassenbeleuchtung; Übernahme der öffentlichen Beleuchtung von der BKW: Kreditbewilligung
9. Brennpunkte im öffentlichen Raum: Kenntnisnahme, Abschreibung parlamentarischer Vorstösse
10. Parlamentarische Vorstösse:
  - 10.1 Postulat der SP-Fraktion betreffend Brücke Brüelmoos
  - 10.2 Interpellation der SP-Fraktion betreffend Diverse Fragen im Zusammenhang mit der Annahme der SVP-Volksinitiative Gegen Masseneinwanderung
  - 10.3 Einfache Anfrage der EVP-Fraktion betreffend Verkauf Schulhaus Wattenwil
  - 10.4 Einfache Anfrage der GLP-Fraktion betreffend Umsetzung Zentralisierung Sekundarstufe 1
  - 10.5 Neueingänge

## Traktandenliste

### Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

## Verhandlungen

## Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 353	08.09.2014	1	2013/17-123	143	12/0/0

### Ratspräsident Messerli Gregor:

- Vor Sitzungsbeginn sind die Einladungen zum Ratsausflug verteilt worden. Wir werden das Bundeshaus besichtigen und anschliessend unterstützen wir eine Institution der Gemeinde mit einem Nachtessen. Es würde mich freuen, wenn ihr den ausgefüllten Talon bereits heute Abend abgeben könntet. Falls nicht, dann könnt ihr den Talon spätestens bis Ende Woche Thomas Wälti per Email zukommen lassen.
- Mit den Sitzungsunterlagen ist die Vorankündigung für die Agglomerationstagung vom 7. November 2014 verteilt worden. Wer an dieser Tagung teilnehmen möchte, kann sich ebenfalls heute Abend beim Ratssekretariat anmelden. Bitte nur Anmeldungen abgeben. Die Kosten für diesen Anlass übernimmt die Gemeinde.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Planung: Der GGR hat in der letzten Sitzung im Juni 2014 eine dringliche Motion zum Thema „Mehr Wohnnutzung im ESP Worbboden“ überwiesen. In dieser Motion wird unter anderem gefordert, dass der Gemeinderat an der heutigen Sitzung über den Stand dieses Geschäftes informiert. Selbstverständlich informiere ich heute Abend gerne und in diesem Zusammenhang finden sie eine Medienmitteilung auf ihren Tischen. Der kantonale Entwicklungsschwerpunkt kurz ESP Worboden wurde in den späten 80er Jahre vom Kanton lanciert. Hinter dem ESP Worboden stand die Absicht, die Ansiedlung von Arbeitsplätzen in Worb zu fördern. Auf der vorgesehenen Fläche können (je nach Nutzer oder Branche) bis zu 3'000 Arbeitsplätze eingerichtet werden. Der nördliche Teil des ESP Worbodens ist planungsrechtlich in einer Geschäfts- und Gewerbezone GG2. Hier ist abgesehen von betriebsnotwendigen Wohnungen keine Wohnnutzung möglich. Der südliche Teil ist durch die Überbauungsordnung UeO N9 geregelt, hier ist bereits ein Teil für Wohnen vorgesehen. Die Grundeigentümer des nördlichen Teils des ESP Worbodens sind in diesem Frühjahr beim Gemeinderat vorstellig geworden. Ihr Anliegen ist es, auf ihrem Areal nicht nur Gewerbe, sondern auch eine Wohnnutzung zuzulassen. Aus verschiedenen Gründen ist es bis jetzt trotz intensiven Bemühungen der Gemeinde und der Grundeigentümer nicht gelungen, die Entwicklung im ESP erwartungsgemäss umzusetzen. Für ein Projekt lag zwar bereits eine Baubewilligung vor, es wurde dann aber trotzdem nicht realisiert. Das Anliegen dieser Grundeigentümer ist dann auch im Rahmen der überwiesenen Motion aufgenommen worden. In der Zwischenzeit sind beim Gemeinderat nun auch Gesuche von den Grundeigentümern des südlichen Bereichs des ESP Worbodens eingetroffen, ebenfalls mit dem Anliegen, den Anteil der Wohnnutzung auf ihrer Parzelle zu vergrössern. Damit haben nun sämtliche Grundeigen-

tümer des ESP das Anliegen eingebracht, auf ihrer Parzelle einen höheren Wohnanteil zu realisieren, als dies heute baurechtlich möglich ist. Der Gemeinderat begrüsst ausdrücklich die aktive Äusserung der Entwicklungsabsichten durch die Grundeigentümer. Diese Entwicklungsabsichten entsprechen nämlich dem formulierten Ziel des Gemeinderates, mit der laufenden Ortsplanungsrevision die Innenentwicklung zu fördern. Der Gemeinderat ist deshalb gewillt, gemeinsam mit den Grundeigentümern optimale Rahmenbedingungen zu schaffen, damit das Innenentwicklungspotenzial im ESP Worboden möglichst rasch realisiert werden kann. Der Gemeinderat hat deshalb an seiner letzten Sitzung vom 1. September 2014 das weitere Vorgehen zur Entwicklung des ESP Worbodens bestimmt. In diesem Verfahren werden im Verlaufe der nächsten Monate in enger Zusammenarbeit mit den Grundeigentümern, dem Ortsplaner, der Planungskommission und dem Gemeinderat unterschiedliche Entwicklungsszenarien für den ESP Worboden ausgearbeitet und deren Auswirkungen untersucht. Dank diesem Planungsprozess soll schliesslich ein gemeinsames, mehrheits- und genehmigungsfähiges Zukunftsbild für den ESP Worboden vorliegen. Der Gemeinderat hat für diese Arbeit einen Kredit von CHF 36'500.- genehmigt. Die Erkenntnisse aus diesem Planungsprozess sollen anschliessend in geeigneter und sinnvoller Weise in die baurechtliche Grundordnung überführt werden. Zuvor ist aber noch die Klärung erforderlich, ob und wie eine zusätzliche Wohnnutzung im kantonalen Entwicklungsschwerpunkt umgesetzt werden kann. Der Gemeinderat hat aus diesem Grund an der gleichen Sitzung einen Brief an die Arbeitsgruppe ESP verabschiedet. In diesem Brief führt der Gemeinderat klar die Bedeutung einer zusätzlichen Wohnnutzung im ESP Worboden aus und er fordert die Klärung, ob und wie der Anteil Wohnnutzung im ESP Worboden erhöht werden kann. Die Arbeitsgruppe ESP tagt am 15. September 2014. Wir haben unmissverständlich darauf hingewiesen, dass wir auf eine rasche Rückmeldung aus dieser Sitzung angewiesen sind.

Gemeinderat Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Die Umsetzung der Zentralisierung der Oberstufe im Worboden ist in vollem Gang. Gerne informiere ich euch über den aktuellen Stand der Dinge. Unmittelbar nach der Volksabstimmung vom 18. Mai 2014 gründeten wir den „Leitungsausschuss Zentralisierung“, kurz LAZ (ohne tz). Dieser besteht im Kern nebst mir als Departementsvorsteher aus den Schulleitungen Rüfenacht und Worboden, der Tagesschulleiterin sowie Christian Reusser und Monika Gfeller von der Verwaltung. Je nach Geschäften wird die Gruppe mit Fachpersonen ergänzt, z.B. Nicole Geser von der Polizeiabteilung, Konrad Joss von der Bauabteilung, den Hauswarten und so weiter. Der ausführliche Abklärungsbericht hat uns sehr geholfen bei der Umsetzungsplanung. Die Teilprojektgruppen arbeiten seither. Im LAZ wird regelmässig der Stand der Dinge ausgetauscht. Am 4. Juli 2014, noch vor den Sommerferien, fand eine Aussprache mit Delegationen des Rüfenachter Elternrates und der „Interessengemeinschaft Zentralisierung Nein“ statt. Dabei ging es vorab um die Schulwegsicherheit. Wir werden uns im November 2014 zu einer weiteren Sitzung treffen. Nun zu einzelnen Teilprojekten. Schulwegsicherheit: Bis Ende Oktober 2014 liegt das Gutachten der Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) vor. Zusammen mit dem Elternrat und der IG werden wir allfällige Massnahmen diskutieren. Zudem hat kürzlich am äusseren Stalden eine Verkehrszählung stattgefunden. Dies ist wichtig um Massnahmen zu prüfen und zu begründen. Bauliche Massnahmen in Rüfenacht: Die Machbarkeitsstudie wird gegenwärtig konkretisiert. Die Schulleitung Rüfenacht hat zusammen mit den Lehrpersonen, der Tagesschulleiterin, dem Hauswart und Konrad Joss von der Bauabteilung die Sache angeschaut. An einer gemeinsamen Sitzung sind wir zur Überzeugung gekommen, dass wir entgegen der Machbarkeitsstudie den Kindergarten und die 1. und 2. Klasse im selben Trakt, im Trakt 1, unterbringen wollen. Dass die ganze Eingangsstufe am selben Ort ist, macht aus pädagogischen Überlegungen Sinn. Zudem verbauen wir uns nichts für eine allfällige Einführung einer Basisstufe. Pädagogische Umsetzung: Im Rahmen der Zusammenführung der beiden Kollegien findet am 15. September 2014 ein „Come together“-Tag mit den betroffenen Lehrpersonen aus Rüfenacht und dem Worboden statt. Weitere solche Tage sind geplant und datiert. Bereits jetzt arbeiten die verschiedenen Fach-

schaften aus Rüfenacht und Worb eng zusammen. Ebenso wird die Zusammenführung der beiden Schulkulturen besprochen. Dies ist für mich ein zentrales Thema und wichtig, dass dies vorsichtig angegangen wird. Hier kommt uns die Berufung von Oliver Rüesch in den Worboden sehr zu Hilfe. Geplant sind zum Beispiel ein „Abschiedsanlass“ in Rüfenacht, wahrscheinlich zusammen mit der Dorfgemeinschaft Rüfenacht, gegen Ende des Schuljahres, also im April oder Mai 2015, und ein Eröffnungsanlass am ersten Schultag des neuen Schuljahres. Wir werden dazu auch euch Parlamentsmitglieder einladen. So werdet ihr unter anderem auch die Umsetzung der ganzen ICT-Neubeschaffung und das angepasste Lehrerzimmer, dem ihr heute hoffentlich zustimmen werdet, besichtigen können. Organisatorische Umsetzung: die Klassenorganisation der neuen Schule im Worboden ist bereits geplant und besprochen. Die Lehrpersonen sollen bis Ende dieses Jahres, also sehr früh, ihre Anstellungsverfügung für das nächste Schuljahr erhalten. Sie haben so genügend Zeit, sich auf die neue Situation einzustellen und vorzubereiten. Das Konzept über die Spezielle Sekundarklasse (Spez-Sek) ist in Arbeit. Zur Organisation der Schulsozialarbeit fand gerade heute Nachmittag eine Sitzung statt. Ich könnte jetzt noch lange weiterfahren. Ihr seht, es ist ein grosses Projekt, das wir im Moment bearbeiten. Es ist für mich eine wahre Freude zu sehen, mit wie viel Engagement und viel Kreativität an der Sache von allen Beteiligten an diesem bedeutenden und wegweisenden Projekt gearbeitet wird. Ich habe mir vorgenommen, dass ich ab jetzt in jeder Parlamentsitzung über den aktuellen Stand der Umsetzung der Zentralisierung informieren werde.

Brook Liechti Vanessa, GLP: Ich habe eine persönliche Nachricht mitzuteilen. Ich werde heute Abend das letzte Mal im GGR sein und möchte mich gerne von euch allen verabschieden. Ich habe persönliche und berufliche Veränderungen geplant und möchte mich vom politischen Geschehen in Worb zurückziehen. Die letzten knapp zwei Jahre im GGR waren spannend. Ich habe verschiedenen Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen kennengelernt. Zudem durfte ich viele spannende Diskussionen führen. Ich danke euch vielmals dafür. Für die Ausübung eures Mandates hier im GGR wünsche ich euch viel Kraft, alles Gute, viel Erfolg und natürlich viel Spass.

Ratspräsident Messerli Gregor: Liebe Vanessa, ich habe mit Erstaunen und Bestürzen von deiner Demission Kenntnis genommen. Ich bedaure es ausserordentlich, dass du das Parlament nach zwei Jahren wieder verlässt. Ich habe den politischen und persönlichen Austausch mit dir immer sehr geschätzt. Schade, dass dieser Austausch verloren gehen wird. Ich hoffe, es gibt einen würdigen Nachfolger oder eine würdige Nachfolgerin, der oder die diese Qualität sicherstellt. Ich wünsche dir aber für dein persönliches und berufliches Umfeld viel Erfolg und viel Spass. Vielleicht trifft man sich ja politisch an einem anderen Ort wieder. Herzlichen Dank für deine Mitwirkungen im Grossen Gemeinderat.

## Protokoll der Sitzung vom 23. Juni 2014: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 353	08.09.2014	2	2013/17-124	144	12/0/0

### Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

## Vorschau 2015: Kenntnisnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 353	08.09.2014	3	2013/17-125	560	12/10/6

### Detailberatung

### Allgemeine Bemerkungen

Federer Guido, GPK: Die GPK hat die Vorschau 2015 geprüft und ist der Meinung, dass sie ausführlich und übersichtlich dargestellt ist. Dennoch sind uns einige Punkte aufgefallen. Einerseits denken wir, die Begründung zu den einzelnen Massnahmen könnte teilweise ein bisschen ausführlicher sein. Teilweise sind auch Massnahmen aufgeführt, die aus Sicht der GPK zum Tagesgeschäft gehören oder bereits in den Ausführungen inbegriffen sind. Trotzdem beantragt die GPK dem Grossen Gemeinderat die Vorschau 2015 zur Kenntnis zu nehmen.

Kämpfer Erwin, FDP: Die FDP-Fraktion dankt allen Beteiligten für die Erarbeitung der Vorschau 2015. Wie schon in den Vorjahren angeregt, wären die Vorschau und die Gemeindeentwicklung in eine gemeinsame Lesung zu bringen, da dies wegen den ähnlichen Themenbereichen einfacher wäre. Die FDP hat folgende Anmerkungen: Präsidiales: Wir stellen fest, dass unter Punkt 1.1 insbesondere die von der FDP geforderten Massnahmen zur Entwicklung der Gemeinde eingebrachten Vorstösse aufgenommen werden und erwarten entsprechende Resultate im 2015. Zu Punkt 1.1, Abs. 2: Damit die Entwicklung zielgerichtet und rasch erfolgen kann, wäre anstelle von prüfen, die Ausschöpfung und Durchsetzung sämtlicher der Gemeinde heute zur Verfügung stehenden, baurechtlichen Möglichkeiten vorzusehen. Finanzen: Wir stellen unter 2.1 fest, dass alle Vorhaben konsequent auf Kosteneinsparungen und Ertragsverbesserungen überprüft werden sollen sowie für die Geschäftsvorlagen müssen Alternativen aufgezeigt und Standards überprüft werden. Aufgrund der aktuellen Finanzlage der Gemeinde ist namentlich dem Controlling erhöhte Beachtung zu schenken. Wir ersehen auch hier, dass die notwendigen Massnahmen und Instrumente eingeleitet sind und eingeführt werden sollen. Wir begrüssen diese Schritte und zählen auch hier auf entsprechende Resultate. Bau: Uns fehlen Aussagen zu den strategischen Investitionen. Umwelt: Zu Punkt 4.1, Energiestadt 2014-17: Die FDP erwartet eine generelle Aussage zur Weiterführung des Energiestadtlabels. Können wir uns die Weiterführung dieses Labels noch leisten? Wie stark belastet uns dieses Label in der Rechnung? Bildung: Der FDP fehlt im Abschnitt Ziel/Projekt der Hinweis zur Bildungsstrategie und zur Überprüfung der Bildungsqualität. Entsprechend fehlen dazu die vorgesehenen Massnahmen für die Gewährleistung und Überprüfung der Bildungsqualität. Zu Punkt 5.5, Informatik an der Schule, Ersatz der Hardware: Der erforderliche Kredit ist vom GGR bewilligt. Die Vorgaben gemäss Finanzen 2.1 müssen bei diesem Geschäft eingehalten werden. Soziales: KESG, schöner Ausdruck. Die FDP wünscht eine Aussage über die Entwicklung und die Auswirkungen dieser im Aufbau erwähnten Organisation auf die Gemeinde sowie allfälliger notwendigen Massnahmen. Sicherheit: Zu Punkt 7.1 verweisen wir auf das Traktandum 9 der heutigen GGR-Sitzung. Planung, Punkt 8.2: Die FDP fordert in der Ausgangslage, dass die wichtigen Entwicklungs- und Wachstumsziele als Bestandteil der Ortsplanung aufzunehmen wären und dazu wären auch die entsprechenden Massnahmen festzulegen. Wir denken da an Wachstumsgrössen von 50 Personen pro Jahr.

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Als ich mir die Vorschau genau anschaute, stellte sich mir bald einmal die Frage, wofür gibt es eigentlich diese Vorschau? Ist es ein Instrument um die neuen Lehrlinge der Verwaltung zu beschäftigen oder was ist genau Sinn und Zweck dieses Papiers. Wäre eventuell auch hier noch Sparpotential vorhanden, indem man die Zeit zum Erfassen dieses Dokuments sowie die Kopien einsparen würde? Ist doch die Vorschau weder besonders informativ noch vollständig und in wie weit ist sie überhaupt noch massgebend? Gehören Pensionierungen und Stellenwechsel in eine Vorschau? Und was machen wir mit den Leuten, die künden oder die Stelle wechseln, nachdem die Vorschau bereits genehmigt wurde? Lasse ich doch die Sinnfrage stehen und wende mich nun der uns vorliegenden Vorschau zu. Departement Präsidiales: Es klingt grundsätzlich positiv und nach Entwicklung. Auch was wir heute über den ESP Worboden gehört haben, lässt hoffen. Wir hoffen doch sehr, dass es nicht nur danach tönt und sich der Gemeinderat die Wichtigkeit der Entwicklung von Worb tagtäglich und bei allen Entscheidungen und Planungen vor Augen hält. Punkt 1.5 hat besonders unsere Aufmerksamkeit erregt, da die SP im Mai eine Motion betreffend „Aufgaben und Organisationsüberprüfung“ eingereicht hat. Wir hoffen, dass dieser Vorstoss bei diesem Punkt berücksichtigt wird. Departement Finanzen: Grundsätzlich klingen die Ziele und Projekte gut. Aber immer noch fehlt der SP das sogenannte „Fleisch am Knochen“. Uns fehlt die Idee der Nachhaltigkeit und der Langfristigkeit. Unter Punkt 2.3 müsste unter „Massnahme/Vorkehrungen“ unserer Meinung nach, aber vielleicht bin ich da auch falsch, die Jahreszahl von 2015 auf 2016 angepasst werden. Departement Bau: Hier hat sich uns die Frage gestellt, ob der bei der Bildung unter Punkt 5.1 erwähnte Punkt der Detailprojektierung und Beginn der Umbauarbeiten Rüfenacht der Vollständigkeit halber nicht auch in Punkt 3.1 aufgeführt werden müsste. Departement Umwelt: Die SP ist natürlich besonders erfreut, dass die öffentliche Beleuchtung nur schrittweise in LED umgerüstet wird. Departement Bildung: Da hat sich bei uns die Frage gestellt, ob auch der Vollständigkeit halber unter Punkt 5.1 die Abklärung der Schulwegsicherheit noch aufgeführt werden müsste. Departement Soziales: Die Punkte 6.1 und 6.2 gehören unseres Erachtens nicht mehr in die Vorschau, da diese Punkte bereits behandelt sind. Bei Punkt 6.4 können wir wie bereits beim Departement Bildung unter Punkt 5.4 lesen, dass die Früherkennung wieder aufzunehmen und zu optimieren ist. Interessant wäre aber, für uns unter Massnahmen/Vorkehrungen zu lesen, wie man sich das vorstellt. Dass dies das Departement Bildung mit dem Departement Soziales zuerst absprechen will, erscheint uns doch als Massnahme etwas ungenau. Departement Sicherheit: Ist dasselbe wie bei Departement Bildung, haben wir uns gefragt, ob der Punkt Schulwegsicherheit aufgeführt werden sollte. Departement Planung: Die Fortsetzung der Ortsumfahrung sollte unserer Meinung nach nicht aus den Augen verloren werden. Die SP Fraktion nimmt diese Vorschau zur Kenntnis.

### Departementsweise Beratung

#### Departement Präsidiales

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales und Planung: Herzlichen Dank für die gute und wohlwollende Aufnahme dieser Vorschau. Ich gehe gerne auf die einzelnen Punkte ein, die erwähnt worden sind und meine Departemente betreffen. Betreffend dem ESP Worboden. Das Gesuch von der SIMAG AG kam leider erst nach der Erstellung der Vorschau bei uns an. Aus diesem Grund wurde dieser Punkt nicht angepasst. Die Bemerkung der SP betreffend Pensionierung. Das ist doch eine recht schwerwiegende Geschichte und wir hoffen alle sehr, dass Fritz Jenzer im nächsten Jahr gut ersetzt werden kann. Dies ist durchaus ein Punkt, der in einer Vorschau erwähnt werden kann. Zur Planung. Im räumlichen Entwicklungskonzept, das wir in der Planungskommission verabschiedet haben, sind all diese Ziele, die du erwähnt hast, lückenlos aufgeführt und



das wird in den Unterlagen der Ortsplanungsrevision ganz genau so festgehalten, wie du, Erwin Kämpfer, das gesagt hast.

#### Departement Finanzen

Keine Wortmeldungen.

#### Departement Bau

Keine Wortmeldungen.

#### Departement Umwelt

Gemeinderat Hubacher Peter, Departementsvorsteher Umwelt: Kurz zum Votum von Erwin bezüglich dem Label. Der Gemeinderat hat sehr ausführlich über dieses Thema debattiert und wir sind auf den Entscheid zurückgekommen, dass das Label aus verschiedenen Gründen weitergeführt werden soll. Ich nahm an einer Tagung in Thun teil und es hatte noch nie so viele Gemeinden und Beteiligte gehabt wie in diesem Jahr. Natürlich sind alle auf dem Weg zu dieser 2000 Watt-Gesellschaft. Ihr habt es vielleicht auch gerade gelesen, Steffisburg war in der Presse, weil sie neu dieses Label haben. Wir in der Gemeinde Worb haben es nun schon seit 10 Jahren. Warum dieses Label? Für uns im Gemeinderat haben wir festgestellt, dass das Label ein wichtiges und sinnvolles Führungsinstrument für eine Gemeinde ist. Es fasst alle Departemente ein wenig zusammen. Es betrifft die Mobilität, die Kommunikation, die Energie, Baustandards sowie die Ökologie in unserer Gemeinde. Es gibt nun ein neues Programm, bei welchem die Sachen immer gerade direkt eingefügt werden können. Mit dieser Onlinelösung können die verschiedenen Gemeinden angesehen werden und es ist ersichtlich, was in diesen Gemeinden umgesetzt wurde. Zudem ist das Energiestadtlabel eine gute Grundlage für den Energierichtplan gewesen und wir haben für dieses Label, um es wieder zu erhalten, CHF 10'000.- ausgegeben und sonst haben wir beim Departement Umwelt ungefähr CHF 2'500.- für Beiträge an Vereine von diesem Energiestadtlabel ausgegeben. Zudem haben wir in letzter Zeit nochmals ungefähr CHF 2'500.- für Umweltaktionen ausgegeben. Die Kosten belaufen sich also auf CHF 5'000.- bis CHF 7'000.-.

#### Departement Bildung

Gemeinderat Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Ich nehme gerne Stellung zum Votum der FDP. Erwin und ich haben letzten Samstag kurz telefoniert und ich habe heute Morgen in einem Mail zuhänden der Fraktion dazu Stellung genommen. Das Qualitätsmanagementsystem scheint mir etwas Wichtiges zu sein und deshalb lese ich euch jetzt diesen Brief, den ich der FDP geschrieben habe vor. Zur Einleitung: Die Legislaturplanung erstreckt sich von 2013 bis 2017. Also sind wir jetzt ca. in der Mitte der ganzen Geschichte. Wir haben schon noch etwas Zeit und müssen nicht jedes angedachte Projekt bereits umgesetzt haben. Die Elemente in der Vorschau sind für mich die Schwerpunkte des kommenden Jahres, es sind die Schwerpunkte. Selbstverständlich werden noch viele weitere Themen zusätzlich bearbeitet, auch Qualitätsmanagement. Manchmal verschieben sich die Schwerpunkte aufgrund äusserer Umstände. Da muss ich flexibel reagieren können. Das ist jetzt im Zusammenhang mit dem Qualitätsmanagementsystem eben passiert. Die ganzen Wechsel in der Schulleitung, ich komme später darauf zurück, und auch die Umsetzung der Zentralisierung nimmt sehr viel Zeit in Anspruch. Und noch etwas Grundlegendes, ein Qualitätsmanagement ist nur so gut, wie es von allen Beteiligten gelebt wird. Ich habe relativ viel Erfahrung

mit Qualitätsmanagementsystemen an den Musikschulen. Worb geht weiter als wir mit den öffentlichen Schulen gehen wollen. Worb, die Musikschule Worb, ist ISO zertifiziert. Dies ist die höchste Stufe die man erreichen kann. Ich kenne andere Musikschulen die haben auch solche Qualitätsmanagementsysteme eingeführt, diese werden aber nicht gelebt und dann ist es Makulatur. Ich möchte Qualitätssicherung leben. Im letzten Jahr sind im Zusammenhang mit dem schulischen Qualitätsmanagement SQM unter anderem folgende Arbeiten erledigt worden: Es wurden Reglemente und Konzepte ausgearbeitet oder aktualisiert. Ich nenne hier als Beispiele das Personalkonzept, das Notfallkonzept, das Konzept über den Umgang mit Reklamationen, das Kommunikationskonzept und der kulturelle Fahrplan, um nur einige zu nennen. Alle diese sind Teile des Qualitätssystems. Eine Studie die ist im Zusammenhang mit einem Masterstudium von Katharina Nyfeler, der Schulleiterin von Rüfenacht, erstellt worden. Eine Studie mit dem Titel „Schulqualitätsmanagementkonzept Schulen Worb“ liegt vor. 2013 hat eine Befragung der Schülerinnen und Schüler der 4., 6. und 8. Klassen und deren Lehrpersonen statt gefunden und diese Studie ist ausgewertet worden. Nachzulesen ist diese Studie in der Worber Post, ich glaube es ist diejenige vom April 2014. Ebenso hat eine Elternbefragung zu den beiden Kindergartenjahren der Schuljahre 2012/13 und 2013/14 stattgefunden und ist ausgewertet worden. Wir sehen, das Qualitätsmanagement muss an den Worber Schulen nicht neu erfunden werden. Vieles existiert bereits, der Qualitätszirkel liegt vor und wird angewandt. Das ist der sogenannte Demigkreis, welcher sagt, planen, testen, überprüfen, umsetzen und beginnt dann immer wieder von vorne sich zu drehen. Aufgrund der grossen Ressourcen, die wir wegen der Zentralisierung und dem Wechsel in allen Schulleitungen brauchen, haben wir die Einführung des SQM um ein Jahr nach hinten verschoben. Ich weiss, dass es in der Bildungsstrategie ursprünglich für nächstes Jahr geplant gewesen wäre. Die Qualität der Worber Schulen leidet dabei in keiner Weise. Die neuen Schulleitungen, diejenige in Rüfenacht ist ja noch gar nicht gewählt, wir wissen noch nicht, wer ab Februar 2015 dort sein wird, sollen sich erst richtig einarbeiten. Wir wissen noch nicht, ob unter den Schulleitungspersonen unter Umständen jemand ist, der oder die auf Qualitätsmanagement spezialisiert ist. Falls dem so ist, wollen wir es wissen und die Erfahrung dieser Person nutzen. Ich hoffe, dass ihr mit diesen Angaben einigermaßen etwas anstellen könnt. Noch kurz zur SP, wenn ich schon da bin. Wegen der Schulwegsicherheit, dass sie nicht separat aufgelistet ist. Die Schulwegsicherheit gehört für mich zum ganzen Projekt der Zentralisierung. Und der Hauptteil findet ja dieses Jahr statt, nämlich jetzt. Aber vergessen werden wir dies bestimmt nicht.

#### Departement Soziales

Gemeinderätin Masciadri Monica, Departementsvorsteherin Soziales: Liebe Sandra zu deiner Frage, wofür das Papier gut ist, möchte ich dir gerne antworten. Es dient der offenen, transparenten Kommunikation. Und ich finde dies etwas ganz Wichtiges. Ich möchte dann zu der FDP-Frage im Zusammenhang mit der KESB Stellung nehmen. Ich nutze diese Gelegenheit gerne. Die oft heiklen Entscheide im Zusammenhang mit dem Erwachsenen- und Kinderschutzrechts war bis Ende 2012 in den kommunalen Behörden. Bei uns in Worb war dies die Vormundschafts- und Fürsorgekommission. Diese Lösung hatte den Vorteil, dass rasche, effiziente und pragmatische Entscheide getroffen werden konnten. Sie hatte den Nachteil, dass vielleicht manchmal die Objektivität zu wahren etwas schwierig war. Per Januar 2013 trat das neue Erwachsenenschutzrecht in Kraft. Es löste ein Vormundschaftsrecht ab, das fast seit 1912 unverändert in Kraft gewesen war. Mit dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzgesetz (KESG) wurden im Wesentlichen die Selbstbestimmungsrechte und die Rechte von urteilsunfähigen Personen verbessert. Eine Folge des revidierten Rechts ist, dass Laienbehörden im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht nicht mehr zulässig sind. Auf kantonaler Ebene ist die KESB, eben die Behörde dazu, installiert worden. Im Kanton Bern haben auf

Anfang 2013, 12 regionale Profiorganisationen ihre Arbeit aufgenommen und die kommunalen Vormundschaftsbehörden abgelöst. Der Aufbau der KESB gestaltete sich harzig, ihr habt das bestimmt alle in den Medien mitverfolgt. Die KESB im Kanton Bern war oft in der Kritik. Insbesondere die Region Bern Mittelland Nord, zu der Worb gehört. Ein Expertenbericht ist im November vor einem Jahr veröffentlicht worden. Er bestätigte die Schwachstellen, welche kritisiert worden waren. Verfahren, die zu lange dauern, fehlender Pragmatismus, überbordender Formalismus und ein kompliziertes Abrechnungssystem zwischen Kanton und Gemeinden. Und vor allem können die Sozialdienste in der Gemeinde in Notfallsituationen nicht auf einen raschen Entscheid hoffen. Diese Schwachstelle ist genau das, was Werner Zaugg, der Sozialdienstleiter von Worb, auch kritisiert. Die Probleme riefen den Grossen Rat auf den Plan. Genau vor einem Jahr ist eine politische Begleitgruppe eingesetzt worden. Sie hat die Aufgabe zu schauen, dass die Kosten nicht aus dem Ruder laufen und die Zusammenarbeit optimal funktioniert. Auch der Verband Bernischer Gemeinden behält die KESB im Auge. Die Interventionsmöglichkeiten für uns als Gemeinde sind an einem ganz kleinen Ort. Beruhigend ist, dass aktuell die Kosten, die mit dem Einsatz oder mit dem Aufbau der KESB explodiert sind, dass sich die stabilisieren. Meine persönliche Meinung ist, statt Laien entscheiden nun Profis. Ich bin mir bewusst, dass die Rahmenbedingungen für unser Zusammenleben komplexer und anspruchsvoller werden, dennoch ist die KESB für mich ein Beispiel dafür, dass wir uns in Raten vom Milizsystem verabschieden und eine Gesellschaft, die sich solche Profiorganisationen leisten kann und will, der geht es gut.

### Departement Sicherheit

Keine Wortmeldungen.

### Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates bleibt unbestritten. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 2 Bst. b der Gemeindeverfassung vom 13. Juni 1999 der folgende

### Beschluss

entstanden:

Der Grosse Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Vorschau 2015.

## Finanzplanung 2015/19: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 353	08.09.2014	4	2013/17-126	953	21/0

### Detailberatung

### Allgemeine Bemerkungen

Federer Guido, GPK: Ich äussere mich im Namen der GPK im Rahmen der allgemeinen Bemerkungen, komme danach aber nicht mehr nach vorn um mich zu den einzelnen Departementen zu

äussern. Fritz Jenzer hat uns in der GPK die Finanzplanung 2015/2019 präsentiert. Die Botschaft ist umfassend und sauber dargestellt und zeigt wiederum die grosse Kompetenz, welche in der Finanzabteilung vorhanden ist. Insbesondere sind im Investitionsprogramm die jeweiligen GGR- und GR-Beschlüsse, welche zu einer Investition führen, detailliert aufgeführt. In der Finanzplanung sind zudem auch Szenarien mit verschiedenen Steueranlagen 1,6, respektive 1,75 und deren Auswirkungen aufgeführt. Dies begrüsst die GPK sehr. Die finanzielle Lage der Gemeinde Worb hat sich seit dem letzten Jahr nicht massgeblich verändert und ist nach wie vor unbefriedigend. Dies erstaunt aber auch nicht, weil sich seit dem letzten Jahr die Rahmenbedingungen nicht gross geändert haben. Aus Sicht der GPK sind noch zwei Punkte zu erwähnen: Einerseits hat die GPK letztes Jahr an dieser Stelle die gleichzeitige Behandlung von Finanzplanung und Voranschlag positiv beurteilt. Leider ist es dieses Jahr wiederum nicht der Fall. Zum anderen ist im Beschlussentwurf die erhöhte Liegenschaftssteuer von 1,3 Promille dargestellt. In der Finanzplanung sind jedoch keine Angaben zur Wahl des Erhöhungsschrittes oder zu den finanziellen Konsequenzen der Erhöhung vorhanden. Die GPK beantragt dem Grossen Gemeinderat die Finanzplanung 2015/2019 zu genehmigen.

Gemeinderat Lädach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Die Finanzplanung 2015/2019 wird wiederum mit einer Steueranlage von 1,7 Einheiten und somit mit einer Steuererhöhung von 0.1 Einheiten vorgelegt. Hier erlaube ich mich den Hinweis an die Adresse von Sandra, es ist nicht viel mehr Fleisch am Knochen und deshalb konnte es nicht in die Vorschau genommen werden. Wie wir schon beim zweiten Entwurf vom Voranschlag 2014 erläutert haben, ist das Festhalten am heutigen Steuerfuss von 1,6 eine Notlösung gewesen, um überhaupt ein gültiges Budget für das laufende Jahr zu haben und sich der Planung vom Jahr 2015 und der nächsten Periode zu widmen. Guido hat es gesagt, die allgemeine finanzielle Situation der Gemeinde Worb hat sich gegenüber dem Herbst nicht wesentlich gebessert. Sie ist im Textteil der Botschaft ausführlich beschrieben. Ich versuche trotzdem ein wenig zu erläutern, was knapp ein Jahr später, anders als im Herbst 2013 ist. Alle im Rahmen der Spar- und Verzichtsprozesse beschlossenen Massnahmen inklusive der Erhöhung der Liegenschaftssteuer, welche ungefähr CHF 177'000.- ausmacht, sind in der Finanzplanung berücksichtigt. Offen und noch nicht berücksichtigt sind einzig einige Prüfaufträge, welche am 17. März 2014 vom Parlament eingereicht wurden. Diese Prüfaufträge kommen nun sukzessive in den Gemeinderat. Wenn im Gemeinderat Entscheide getroffen werden, werden wir informieren oder diese Geschäfte gegebenenfalls zu weiteren Beschlüssen vorlegen. Mit dem Abstimmungsergebnis vom 17. März 2014 ist für den Gemeinderat aber der Spielraum für Leistungsabbau vorerst ausgeschöpft. Die neue Finanzierung von den Volksschulen hat sich in Folge von Korrekturen der kantonalen Vorgaben einerseits und infolge von Klassenschliessungen etwas entspannt. Wir können hier eine Entlastung gegenüber dem Vorjahr von rund CHF 500'000.- feststellen. Die entwicklungsrelevanten Projekte sind alle auf den Projektstand aktualisiert worden, welchen man heute kennt. Man versuchte diese neu zu rechnen und gegeben falls zu ergänzen und so in der Finanzplanung berücksichtigt. Der Zusatzkredit für die Abschreibungen vom Wislepark ist voll und ganz in der Finanzplanung berücksichtigt. Er ist nicht Auslöser für die nötige Steuererhöhung. Der Gemeinderat hält unabhängig von der kommenden Volksabstimmung am vorliegenden Finanzplan fest. Bei Ablehnung von einem Kredit an der Urne werden wir in der Planungsperiode Nachkredite für Unterhalts- und Ersatzinvestitionen behandeln müssen. Es wäre deshalb an dieser Stelle naiv und fahrlässig, wenn wir nicht schon heute solche Beträge in der Planung berücksichtigen würden. Beim Finanz- und Lastenausgleich zeichnet sich eine Plafonierung ab. Der Anstieg im letzten Jahr scheint sich ein wenig abzuflachen. Die allgemeine Entwicklung bei den Steuererträgen hat sich leider noch nicht ins Positive entwickelt. Es sind in Worb keine Wunder geschehen. Wir sehen aber momentan eine Abflachung beim Abfluss der Steuererträge. Der Gesamtsteuerertrag steigt, gemäss den aktuellen Planungshilfen vom Kanton, welche unter anderem auch die Auswirkungen von den Sparmass-

nahmen, die ASP-Massnahmen, berücksichtigt. Den zugesicherten Steuerausgleichszahlungen für Worb werden schon ab dem Jahr 2014 leicht höher, auch ohne Steuererhöhung. Die Finanzkommission hat im Vorfeld der Finanzplanung wiederum die Anträge der Abteilungen geprüft und hat die Investitionen kritisch hinterfragt und soweit als möglich, in Absprache mit den Abteilungen, verteilt respektive hinausgeschoben. Dennoch muss man feststellen, dass Worb durch die laufenden Projekte, einerseits Hochwasserschutz und Umfahrung, aber auch die neuen Projekte, wie die Zentralisierung Oberstufe und die EDV-Erneuerung für die Schulen in den nächsten paar Jahren weiter überdurchschnittliche Investitionen tragen muss. Zusammen mit den dringenden Unterhaltsinvestitionen/Basisinfrastruktur resultieren trotz einer Steuererhöhung für 2015 bis 2017 noch Defizite. Erst im Jahr 2018, nach heutiger Planung, und mit dem Eintritt der Resultatverbesserungen aus den Entwicklungsprojekten gegen Ende der Planperiode, zeichnen sich ausgeglichene Resultate ab. Bis zum Ende der Planperiode sollte es uns gelingen, unser Eigenkapital auf einem Mindestniveau zwischen 3.5 und 4 Mio. Franken stabilisieren zu können. Dieses Niveau ist durch die Finanzverantwortlichen als Mindestbetrag festgelegt worden, damit man ausserordentliche Abweichungen zu den Planzahlen auffangen kann. Wir gehen heute davon aus, dass die nötigen Verbesserungen der Ertragssituation und vom Cashflow ab 2017/2018 realistisch sind. Was stimmt uns in dieser Finanzplanung zuversichtlich? Wo haben wir allenfalls noch Reserven? Mit der Ablehnung der geplanten Steuererhöhung im November 2013 fehlen uns seit einem Jahr ca. 1.5 Mio. Franken. Wir kommen nun ein Jahr später mit einer Steuererhöhung immer noch auf 1,7 und nicht höher. Das heisst es ist in dieser Zwischenzeit doch einiges passiert. Man konnte in dieser Zeit einiges einsparen und optimieren. Bautätigkeiten aus der TOP12 hat man in Zahlen nicht berücksichtigt. Worb wächst nicht wahnsinnig fest, aber es wird aktuell gebaut und es werden auch dort neue Steuerzahler einziehen und auch das hilft die Situation zu verbessern. Bei den letzten grösseren Investitionsvorhaben, ist vonseiten der Abteilungen, auch vom Gemeinderat, der Wille zum Sparen und zur Kostenoptimierung erkennbar gewesen. Die budgetierten Werte der Investitionsplanung, vor allem in den Jahren 2017 bis 2019 und insbesondere die Werte bei den Projekten der sogenannt strategischen Investitionsplanung oder die teilweise schon bewilligten Krediten, dürften noch gewisse Reserven enthalten. Das Optimieren bei diesen Investitionen bedingt aber einen ganz breiten politischen Konsens. Mit der Finanzplanung und dem Voranschlag 2015 ist der Sparauftrag in Worb in keiner Weise vom Tisch. Auch wenn wir die Steuer um einen Zehntel erhöhen können. Die laufende Optimierung von den Kosten und von den Angeboten müssen stattfinden und ich bin überzeugt, dass diese wirklich stattfinden. Diese Message, so glaube ich, ist bei den Leuten angekommen. Wir müssen uns wegen der hohen Investition in die Infrastruktur zusätzlich verschulden. Positiv in dieser schlechten Situation ist, dass das Fremdkapital langfristig zu historisch günstigen Konditionen beschafft werden kann. Und das hilft letztlich auch, die Zinslast zu reduzieren. Alle Entwicklungsprojekte scheinen nach meiner Meinung gut aufgegleist. Auch Niklaus Gfeller hat heute über die ganze ESP-Geschichte informiert. Dort ist man wirklich bemüht. Wir haben auch bei der Mitwirkung zur TOP13 mehrheitlich Konsens gespürt. Wir denken das Departement Planung und die Bauabteilung machen mit der Ortsplanung vorwärts. Ich möchte nun auf die Finanzplanung eingehen und euch noch einige Zahlen und Grafiken zu Gemüte führen, welche ihr nicht in dieser Art und Weise in der Botschaft findet. Zu der Ausgangslage. Dies sind die äusseren Rahmenbedingungen. Hier seht ihr, was sich seit dem Jahr 2009 verändert hat (Foliensammlung). Die Protokollführerin). Da ist einerseits der Steuerabfluss von finanzkräftigen Steuerzahlern in andere Gemeinden, da ist die Steuergesetzrevision und die Kostensteigerungen im ganzen Bereich Lastenverteilung. Dies gibt im Ganzen, wie ihr unten seht, 5.1 Mio. Franken. Ich habe jetzt drei Felder angemalt. Das sind die Felder, welche wir grundsätzlich beeinflussen könnten. Steuerabfluss, die ersten CHF 350'000.-. Wenn wir vielleicht die OP06 angenommen hätten und ein entsprechendes Angebot an Wohnraum gehabt hätten, wäre der eine oder andere hier geblieben. Dies liegt ein wenig an uns, dass wir dort

soviel verloren haben. Lastenverteilung Lehrer- und Lehrerinnengehälter. Dies hat sich zwar verbessert. Diesen Bereich können wir beeinflussen, denn wir wollen uns gute Schulen leisten. Wir wollen Qualität in den Schulen, haben aber dezentrale Schulstrukturen und dies kostet Geld. Dort haben wir es selbst in der Hand, das braucht den politischen Willen, wie man das machen will und somit kann der Betrag beeinflusst werden. Und noch der Dritte, Lastenverteilung Öffentlicher Verkehr. Wir zahlen einfach das, was wir haben. Ich könnte nun sagen, hätten wir die Haltestelle Worboden nicht gemacht vor ein paar Jahren, hätten wir jetzt vielleicht dort die Kostenerhöhungen nicht. Es sind ungefähr CHF 600'000.- von 5.1 Mio. Franken, welche beeinflussbar sind. Der Rest ist nicht beeinflussbar. So viel zur Ausgangslage. Was sind die Basisdaten für die Finanzplanung? Bei der Steueranlage von 1,7 seht ihr dort gewisse Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung. Es ist tatsächlich so, dass sich das Wachstum der Bevölkerung in den hinteren Teil der Planperiode verschiebt. Der Steuerertrag, dies sind Daten, welche man vom Kanton übernommen hat mit 1,6% Zuwachs pro Jahr. In der Planung wurden immer die kantonalen Vorgaben übernommen. Und ganz unten noch die Teuerung, die ist minimal wie auch der relativ tiefe Zins. Nettoinvestitionen: Rund 36 Mio. Franken investieren wir in dieser Planperiode. Das sind durchschnittlich über 7 Mio. Franken mit einem Cashflow zwischen 3 und 3.5 Mio. Franken. Da seht ihr selbst, das Delta letztlich fremdfinanziert werden muss. Das zu den Basisdaten. Die Kostenentwicklung haben wir aufgrund der Planungshilfe des Kantons in die Planung hineingenommen. Oben sind die Lehrergehälter ersichtlich, welche sich eben in dem Peak im 2014 zu stabilisieren scheinen. Öffentlicher Verkehr, das lest ihr täglich in der Zeitung, dieser wird einfach teurer. Er würde noch viel teurer, wenn wir noch mehr Haltestellen hätten. Aber das können wir im Moment nicht beeinflussen. Lastenverteilung Sozialhilfe, die dritte Zeile, das hat Monica Masciadri bereits erzählt. Es scheint dort im Moment kostenmässig geradeaus zu gehen. Dafür haben wir bei den Sozialversicherungen Ergänzungsleistungen einen Anstieg. Je mehr die Suva und die IV klemmen, umso mehr haben wir die Fälle auf der Gemeinde und dies zulasten der Ergänzungsleistungen. Neue Aufgabenteilung scheint sich auch konstant zu entwickeln, sodass eigentlich letztlich der Nettoaufwand aus dem Finanz- und Lastenausgleich leicht plafoniert. Er nimmt zwar noch leicht zu, jedoch nicht mehr so stark und vor allem der Peak vom Jahr 2014 könnte gebrochen werden. Dies durch gewisse Korrekturen bei den Lehrergehältern, welche vonseiten des Kantons erfolgt sind. Das sieht immerhin positiver aus als noch vor einem Jahr. Nun zu den Investitionen. Detaillierter werden die Investitionen in den Unterlagen erläutert. Mit einem Blick sieht man die 35 respektive knapp 36 Mio. Franken Nettoinvestitionen. Nun kann man schauen, wo die grossen Brocken sind. Zuoberst ist der Hochwasserschutz. Da sind noch hohe Investitionen zu tätigen, aber dies neigt sich einem Ende zu. Danach kommt der Strassenbau/Unterhalt. Da besteht immer ein Minimum an Investitionen, die getätigt werden müssen. Hohe Investition in den nächsten Jahren fallen bei Sanierungen und Unterhalt der Schulanlagen sowie der Liegenschaften an. Dies macht fast die Hälfte der Nettoinvestition aus und ich denke das sind genau diese Projekte, welche wir unterstützen und im Interesse einer guten Qualität der Schulen investieren wollen. Trotzdem dürfen diese Ausgaben nicht aus dem Ruder laufen und der Steuerfranken muss unter der Einhaltung der erforderlichen Qualität sorgfältig und sparsam eingesetzt werden. Die restlichen Teile wie Feuerwehr, Wasser- und Abwasserversorgung sind ja bekanntlich gebührenfinanziert. Dann würden wir zur Entwicklung des Steuerertrages kommen. Ihr seht in der unteren, roten Kurve die Entwicklung von den Einkommenssteuern der natürlichen Personen. Wir waren im Jahr 2009 einmal bei über 21 Mio. Franken gewesen und im Jahr 2012 ist dieser Betrag gesunken. Diese Senkung ist eigentlich die Auswirkung von der Steuergesetzrevision. Der nächste Anstieg im Jahr 2014 stellt die Steuererhöhung dar. Soll heissen, dass wir erst nach der Steuererhöhung einigermassen auf einem Niveau sind vom Steuerertrag Einkommenssteuern natürlicher Personen, auf welchem wir im Jahr 2009 einmal waren. Bei der nächsten Folie, dies ist das Ergebnis, wenn wir mit 1,7 rechnen. Ihr seht ab den Jahren 2012/2013 und 2014 noch die Defizite. Mit dem

Jahr 2014, dem laufenden Jahr, sind die höchsten Defizite von gut 1.3 Mio. Franken geplant. Im Jahr 2015 mit der Steuererhöhung geht es zurück und ab dem Jahr 2016 bis in die Jahre 2018/2019 kommt man nun in den Bereich der Budgetschwankungen, wo man sagen kann, dort kommen wir ca. im Jahr 2019 zu einem ausgeglichenen Resultat. Man sieht auch bei der obersten, blauen Kurve das Eigenkapital, welches wegen den Defiziten weiter abnimmt. Wir haben mal 8.2 Mio. Franken Eigenkapital gehabt. Gegen Ende der Planperiode sollte sich das auf knapp 4 Mio. Franken stabilisieren. Also innerhalb dieser Bandbreite, wo wir gesagt haben, dass ist das was wir erreichen sollten. Und in der mittleren, grünen Kolone zwischen 2015 und 2019 seht ihr den Cashflow. Etwas zwischen 3 und knapp 4 Mio. Franken ist das, was wir jährlich als Cashflow erwirtschaften und alles, was wir mehr investieren müssen, muss finanziert werden. In der Folge des tiefen Cashflows und den Projekten, wo wir in die Infrastruktur und insbesondere die ganze Schulinfrastruktur investieren möchten, steigt die Fremdmittelentwicklung an. Wir sind heute irgendwo bei 32 oder 33 Mio. Franken und werden gegen Ende der Planperiode bei knapp 51 Mio. Franken sein. Dort muss man einfach sagen, unter den 51 Mio. Franken fallen auch diejenigen Darlehen, welche wir heute verzinst haben, an. Das Darlehen an den Wislepark, dort hat die Gemeinde einen Zins und Ertrag. In dem Sinn könnte man auch eine Nettoverschuldung ohne die Beträge, welche man nicht verzinst hat, darstellen aber hier ist einfach das Total dargestellt. Wir kommen zum Variantenvergleich, welche Guido noch erwähnt hat. Dies ist nun eine etwas kleine Darstellung aus dem Jahr 2012. Es geht aber auch nicht darum, dass ihr alle Zahlen lesen könnt. Was würde eine Steueranlage von 1,6 bedeuten? Dies sieht man bei der Grafik oben links und dort wo der Pfeil ist, seht ihr wo die Kurve die 0-Linie unterschreitet. Zwischen den Jahren 2016 und 2017 wäre das Eigenkapital aufgebraucht und ab dann würde der Kanton eingreifen. Bei 1,6 unveränderter Steueranlage, sind die Defizite von der Gemeinde in den nächsten Jahren zwischen 1,5 und 2 Mio. Franken pro Jahr. Je mehr Defizite wir erwirtschaften umso höher wird unser Fremdverschulden. Man hat noch die Variante mit einer Steueranlage von 1,75 gerechnet. Das ist die nächste Grafik vom Jahr 2013. Dort sieht man, dass mit 1,75 schon im laufenden Jahr im 2015 ein Plus generiert würde. Der Cashflow würde ca. 4 Mio. Franken betragen und das Eigenkapital könnte wieder aufgebaut werden. Am Ende der Planperiode würde das Eigenkapital 7 bzw. knapp 8 Mio. Franken betragen. Bei der nächsten Folie betrachten wir den Punkt 1.7, Annahmen. Keine Überraschung sind demzufolge die Finanzkennzahlen. Wenn wir mehr investieren, als wir Cashflow erwirtschaften, dann ist klar, dass der Selbstfinanzierungsanteil und der Selbstfinanzierungsgrad tief bleiben. Auch unter dem Durchschnitt der Berner Gemeinden. Die Zinsen sind nach wie vor tief, da können wir profitieren. Dies nimmt uns ein wenig Druck weg, vor allem weil wir im Moment in der Lage sind, dies langfristig festmachen zu können. Ich möchte im Detail nicht auf die Spezialfinanzierungen eingehen. Die sind ja bekanntlich gebührenfinanziert. Die werden in der Planperiode, bezüglich der Finanzierung intern ausgeglichen. Wasser und Abwasser sind zusammen kostenneutral. Seit dem Jahr 2014 werden eine Erhöhung beim Wasser von 20 Rappen und eine Entlastung von wiederum 20 Rappen, pro Kubik, in Rechnung gestellt. Beim Abfall wird der Steuerzahler sogar leicht entlastet. Da besteht eine Reserve diese möchten wir gezielt abbauen, indem wir einen Rabatt gewähren. Ich komme zum Fazit. Worb hat zu wenige Einnahmen, das ist nicht neu, und infolge der laufenden Projekte in den nächsten Jahren immer noch hohe Ausgaben. Wir geben aber nicht sinnlos Geld aus, sondern wir bauen an unserer Zukunft, welche doch einige positive Punkte aufweist und ich bin mittelfristig zuversichtlich, dass sich Worb entwickeln kann. Auch die Verwaltung scheint im Quervergleich kostenbewusst zu arbeiten. Ich verweise auf die Rechnung 2013, wo wir die Kennzahlen/Vergleichszahlen neu aufgebaut haben. Wir werden es auch mit den folgenden Rechnungen wieder nachführen. Das vorhandene Potenzial zum Sparen, vor allem um Leistungen reduzieren, hatte man politisch ausgelotet. Es reicht in keinem Fall um den mindest nötigen Steuerzehntel zu decken. Ohne Steuererhöhung in ca. 2 Jahren ist das Eigenkapital aufgebraucht und wir werden vom Kanton bevormundet, dies möchte ich verhin-

dern. Die Realisierungschancen von den entwicklungsrelevanten Projekten sind nach meiner Beurteilung gegenüber dem letzten Jahr leicht gestiegen. Es bedingt aber nach wie vor den gemeinsamen, fokussierten und politischen Willen und die volle Unterstützung von euch allen hier im Rat, um diese Projekte rechtzeitig zur Gesundung von unserer Finanzlage beitragen zu können. Um die Finanzen in Worb rasch sanieren zu können, wäre ein Steuerfuss von 1,75 erforderlich. Als Finanzminister nehme ich lieber 1,75 als 1,7. Der Gemeinderat vertritt aber die Ansicht, dass eine solche Erhöhung politisch nicht machbar ist und der Weg für neue Begehrlichkeiten öffnen würde. Wir beurteilen deshalb die Steuererhöhung um einen Zehntel auf 1,7 als knapp genügend und politisch mehrheitsfähig.

Läderach Christof, BDP: Viel wurde in den letzten Finanzplanungen, aber auch Budgets, über die Worber Finanzen geschrieben, gesprochen und argumentiert. Der BDP-Fraktion liegt es am Herzen festzuhalten, dass der Finanzplan seriös, kompetent und verantwortungsbewusst erarbeitet wurde. Herzlichen Dank an die zuständigen Stellen. Verantwortungsbewusst deshalb, weil wir der Ansicht sind, dass unseren Nachkommen kein Desaster übergeben werden darf. Füllen wir unseren Einkaufswagen in einem Center, erhalten wir am Ende bei der Kasse die Rechnung ohne Wenn und Aber. In unserer Gemeinde ist das anders. Die Bürgerinnen und Bürger können von vielem profitieren oder Gebrauch machen. Was sie bereit sind dafür zu zahlen, war in der Vergangenheit nicht konsequent. Bewusst verzichte ich sämtliche andere Argumente, die auch zu dieser Situation führten, hier erneut auf zu führen. Eine Korrektur in die richtige Richtung zeigt dieser Finanzplan, mit einem aus unserer Sicht unverzichtbar erhöhtem Steuerfuss. Deshalb kann die BDP-Fraktion diesem Finanzplan mit gutem Gewissen zustimmen. Überzeugungsarbeit haben wir alle vor der entsprechenden Abstimmung zu leisten. Nur so kommt Worb dort hin, wo es auch dieser Plan aufzeigt.

Fröhlich Viktor, SP: Der Finanzplan; Freud und Leid sind eng beieinander. Freude herrscht wie jedes Jahr über die Qualität der Arbeit. An dieser Stelle unser Dank an das Team rund um Markus Lädach und Fritz Jenzer. Das Leid steckt in den Zahlen. Stichworte: Steuerertrag und Eigenkapital. Aber das wissen wir ja bereits. Die vielen Zahlen im Finanzplan können ja auch abschrecken. Wenn sie aber einmal, ganz ohne Zahlen, die Entwicklungskurven der Finanzpläne 2014 und 2015 miteinander vergleichen, werden sie feststellen, dass die Entwicklung des Eigenkapitals flacher verläuft als letztes Jahr prognostiziert. Hier fangen also die finanztechnischen Massnahmen an zu greifen und Glück spielt auch eine wesentliche Rolle. Das Stichwort wäre hier, die Korrektur der kantonalen Vorgaben. Die eigentliche Knacknuss in der vorliegenden Botschaft ist aber doch die Erhöhung der Steueranlage, die im letzten Anlauf von uns abgelehnt wurde. Wir haben zwar auf der einen Seite eine leichte Verbesserung des Haushalts, auf der anderen Seite ist aber das verfügbare Eigenkapital auf einem Stand, der die finanztechnische Manövrierfähigkeit der Gemeinde nicht mehr gewährleisten kann. Hier muss dringend verbessert werden. Die SP-Fraktion wird dem vorliegenden Finanzplan und somit der Erhöhung des Steuersatzes zustimmen.

Jorio Nicola, GLP: Aus Sicht der GLP gibt es zu diesem Geschäft nicht mehr viel Neues zu sagen. Aus diesem Grund beschränke ich mich auf drei Punkte. Erstens: Wir möchten uns bei den verantwortlichen Personen für die ausführliche Finanzplanung und die Präsentation bedanken. Für die Grünliberalen stellt dieses Dokument nicht nur ein nebensächliches Planungsinstrument dar, sondern ist das Herzstück einer nachhaltigen Finanzpolitik. Im Gegensatz zu den vorherigen Jahren sind wir überzeugt, dass der sparsame Umgang mit den finanziellen Mitteln in sämtlichen Ebenen der Gemeinde Worb angekommen ist und gelebt wird. Zweitens: Unser Legislaturziel „Keine Schuldenberge für unsere Kinder“ gerät immer mehr unter Druck. Der Verschuldungsgrad rast ungebremst Richtung 50 Mio. Franken. Bei den heutigen tiefen Zinsen von teilweise weniger als 1%



mag das verlockend sein. Aber es sollte allen klar sein, dass das aktuelle Zinsniveau auf einem Tiefpunkt angelangt ist. Wer wird die Zinsbelastung tragen, wenn die Zinsen wie vor knapp 10 Jahren auf über 5% ansteigen? Natürlich die nächste Generation. Mit diesen Zinslasten können wir uns den Wislepark mehrmals leisten. Drittens: Wir hoffen, dass mittlerweile alle in diesem Saal eingesehen haben, dass wir mit reinen Sparmassnahmen die finanzielle Krise der Gemeinde Worb nicht bewältigen können. Es braucht sofortige Mehreinnahmen durch eine Steuererhöhung auf mindestens 1.7%. Wir hoffen, dass bei der Abstimmung für die Erhöhung der Steueranlage nicht nur Plakate der GLP zu sehen sind, sondern, dass alle Parteien mit ihren Namen sich für die Erhöhung einsetzen.

Wermuth Bruno, SVP: Auch von unserer Seite, herzlichen Dank für den vorgelegten Finanzplan. Es ist ernüchternd, aber dies war bereits im Voraus klar. Vor ein paar Jahren, als ich neu Mitglied im GGR war, betrug die Verschuldung 50 Mio. Franken. Mittlerweile gehen wir fast ungebremst wieder an diese Grenze hin. Für mich ist diese Entwicklung ernüchternd. Die Fakten sind klar, es wurde aufgezeigt und diese wurden auch mehrmals besprochen. Verschiedene Szenarien wurden aufgezeigt und sogenannte Spar- und Verzichtsmassnahmen wurden eingeleitet. Von den Spar- und Verzichtsmassnahmen wurde ca. ein Viertel beschlossen. Klar ist, dass diese Beschlüsse auch Auswirkungen auf die gesamten Erträge der Gemeinde haben. Die nicht beeinflussbaren Kosten, welche vonseiten Kanton eingetreten sind, kennen wir bereits. Zum Beispiel Lastenausgleich, Lehrergehälter und Sozialhilfe. Hier sind die Kosten fast 3 Mio. Franken höher. Gleichzeitig muss die Gemeinde einen Steuerabfluss hinnehmen, grosse Projekte stehen an und der Wislepark kostet Geld. Wir sind stolz eine solche Infrastruktur bieten zu können, aber all dies kostet viel Geld. Es ist uns allen klar, dass bei einem Eigenkapital von 4 – 4.5 Mio. Franken, bei Investitionen von jährlich 7 Mio. Franken, bei einem sehr tiefen Cashflow mit 3.5 Mio. Franken dies zwangsläufig zu einer zusätzlichen Verschuldung respektive zu einem rasanten Anstieg der Verschuldung führt. Aus diesem Grund heraus und den Entwicklungen, welche in der Gemeinde bestehen, wie es Markus Lädach gesagt hat, sind positive Zeichen zu einer Wende vorhanden. Von einer Trendwende möchte ich noch nicht gesprochen haben, aber es sind bestimmt Projekte aufgegleist, die einen positiven Nutzen bringen können. Sei es das Sonnenareal, das Drei-Klang-Projekt oder der Mühlacker. Auch die Zentralisierung der Schulen wie es Markus Lädach gesagt hatte. Dort gibt es Mehreinnahmen plus Einsparungen von einem Gesamtbetrag von ca. 2 Mio. Franken. Dies sind solche Lichtblicke, welche wir haben und es gilt auch, auf diesen aufzubauen und daran festzuhalten. Damit können wir wieder zu einem positiven Gemeindeabschluss kommen. Die SVP stimmt dem Finanzplan 2015/19 mit einer Steuereinheit von 1,7 zu.

Kämpfer Erwin, FDP: Der Finanzplan 2015/2019 liegt vor. Ein Werk gespickt mit Zahlen, die sogenannten unantastbar sind. Schon letztes Jahr hatte sich die FDP mit Eingaben und Sparapellen an den Gemeinderat eingesetzt, um der düsteren Finanzlage der Gemeinde entgegen zu wirken. Auch dieses Jahr forderten wir den Gemeinderat mit weiteren Eingaben auf, eine klare Sparstrategie zu entwickeln und vorzustellen. Denn ohne sichtbare Zeichen sehen wir mit Skepsis der bevorstehenden Abstimmung entgegen. Vor einem Jahr hatten wir grundsätzlich dieselbe Ausgangslage; das Resultat der Abstimmung ist bekannt. Die negative Entwicklung des Eigenkapitals muss uns zudem sehr zu denken geben. Wir haben hier im Saal dem Voranschlag 2014 zugestimmt, damit die Gemeinde einen genehmigten Voranschlag 2014 hat und nicht fremd bestimmt wird. Aber auch mit einer klaren Erwartungshaltung, dass mit dem Voranschlag 2015 noch zielführende Sparanstrengungen gefunden werden. Leider zeigt der Gemeinderat im vorliegenden Finanzplan 2015/19 auf, dass das Ziel für eine ausgeglichene Rechnung bis Ende der Planperiode nur mit einer Steuererhöhung von 1,7 zu erreichen ist. Die FDP nimmt diese, weiterhin düsteren Aussichten, zur Kenntnis,

insbesondere wenn wir bedenken, dass wir uns mit dem sportlichen Wachstum der Steuereinkünfte von 1.6% pro Jahr auf dünnem Eis bewegen. Ob diese Prognosen, aufgrund der letzten Zahlen und Erkenntnisse realistisch sind, wird sich zeigen. Wir bemängeln zudem, dass trotz der Steuererhöhung, nämlich zusätzliche auch bereits die beschlossene Erhöhung der Liegenschaftssteuer, kein positives Resultat präsentiert werden kann. Wir möchten an dieser Stelle trotzdem für den Einsatz und die Arbeit der Finanzverwaltung und Markus Lädach danken, denn sie ermöglichten mit der Datenerfassung und der Erstellung von Vergleichstabellen, uns den Finanzplan 2015/2019 näher zu bringen. Wobei, wenn auch bei den Verantwortlichen die Übersichtlichkeit an Grenzen stösst, ist es nachvollziehbar, dass es für den Uneingeweihten umso schwieriger wird, darin die nötigen Schlüsse zu ziehen und mögliche, konkrete Vorschläge für Einsparungen zu finden oder Polster bei strategischen Investitionen zu erkennen. Die FDP nimmt zu diesem Steuererhöhungsantrag folgende Position ein: Wir erkennen die heutige Finanzlage und die Anstrengungen des Gemeinderates, halten jedoch mit aller Deutlichkeit fest, dass nach wie vor für den Gemeinderat gilt, unseren geforderten Sparauftrag umzusetzen, auch wenn gesagt wird, dass nicht mehr viel Fleisch am Knochen ist. Es müssten halt auch sogenannte zumutbare Verzichte ausgeschöpft werden. Die Planung der hohen anstehenden Investitionskosten in Gebäude und Infrastrukturen muss angesichts der knappen Finanzen einer kritischen Überprüfung der vorgesehenen Standards unterzogen und allenfalls entsprechend angepasst werden. Es steht kein Geld für Luxus zur Verfügung, mehr als nötig liegt heute und morgen nicht mehr drin. Nach wie vor erkennen wir Unsicherheitsfaktoren, die eine unbefriedigende Planungsbeständigkeit nach sich ziehen. Die finanzpolitischen Zusammenhänge und Konsequenzen einer weitsichtigen und zielführenden Realisierung von Entwicklungsmöglichkeiten sind durch den Gemeinderat klar und deutlich aufzuzeigen und zwingend voranzutreiben. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er sämtliche, ihm zur Verfügung stehenden Massnahmen ergreifen wird um eine sofortige Umsetzung zu gewährleisten. Mit Zähneknirschen und den dargelegten Erläuterungen wird die FDP-Fraktion dem Finanzplan 2015/2019 zustimmen, über eine allfällige Steuererhöhung wird das Volk das letzte Wort haben.

Suter Harry, EVP: Die EVP dankt der Finanzverwaltung für die detaillierte Finanzplanung 2015 bis 2019. Die Finanzplanung basiert auf einer Steueranlage von 1,7 und zeigt deutlich, dass die finanziellen Aussichten der Gemeinde Worb für die nächsten Jahre angespannt. Die Fremdmittelentwicklung mit den 50 Mio. Franken, welche Bruno Wermuth erwähnt hat, habe ich ebenfalls miterlebt. Diese finanzielle Ausgangslage basiert auf den externen Rahmenbedingungen wie die Steuergesetzesrevisionen mit Minderertrag 2.2 Mio. Franken und aufgrund des Finanz- und Lastenausgleichgesetzes (FILA2012), Mehrbelastungen von ca. 2.6 Mio. Franken. Aufgrund des prognostizierten Fehlbetrages 2014 von 1.35 Mio. Franken kann abgeschätzt werden, dass die Gemeinde ca. 3 bis 4. Mio. Franken mit Einsparungen einbringen konnte, nun aber nichts mehr drin liegt. Eine Steuererhöhung ist daher unumgänglich. Beachten sie, wie klein der Spielraum überhaupt ist. Wie schon im vergangenen Jahr unterstützt die EVP die Steueranlage 1,7 und stimmt der vorliegenden Finanzplanung zu. Auch wir sind gespannt, wie wir als Parlament gemeinsam dem Stimmbürger die Situation erklären können. Die Stimmbürger haben das letzte Wort in dieser Angelegenheit. Die Kommunikation unsererseits trägt aber massgeblich zur Entscheidung bei.

Gemeinderat Lädach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Ich darf euren Voten entnehmen, dass ihr dem Finanzplan grundsätzlich positiv gesinnt seid. Es freut uns natürlich sehr. Es ist uns klar, dass der Voranschlag, also das Budget 2015, welches in einem Monat ins Parlament kommt, noch einmal eine Diskussion entfachen wird. Wir werden im Hinblick auf eine mögliche Abstimmung die Botschaft so vorbereiten, dass diese möglichst auf den Stimmbürger zugeschnitten ist und dass sie nicht sehr technisch daher kommt. Die Chance soll bestehen, dass diejenigen welche sich

mit der Materie befassen wollen und nicht seit Jahren im Parlament sitzen und schon mehrere solche Rechnungen gesehen haben, dass diese die Gründe und Beschlüsse nachvollziehen können. Wir sind intensiv dran und ich denke wir können euch in einem Monat, bezüglich Botschaft an die Stimmberechtigten, sicher etwas bieten was die Chancen beim Stimmbürger dies glaubwürdig zu vermitteln erhöht. Aber es ist gesagt worden, und da zähle ich sehr stark auf euch, dass wir die Unterstützung und Hilfe von euch allen benötigen, wenn das gut kommen soll.

#### Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. e der Gemeindeverfassung vom 13. Juni 1999 der folgende

#### Beschluss

entstanden:

1. Die Finanzplanung 2015/2019, basierend auf einer Steueranlage von 1,70 Einheiten auf Einkommen und Vermögen und den ihnen gleichgestellten Steuerobjekten sowie einer Liegenschaftssteuer von 1,3 Promille der amtlichen Werte der Liegenschaften, wird genehmigt.
2. Der Voranschlag für das Jahr 2015 ist auf der Basis einer Steueranlage von 1,7 Einheiten und einer Liegenschaftssteuer von 1,3 Promille zu erarbeiten und vorzulegen.
3. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

## Leistungsverträge mit den Kulturinstitutionen/Finanzierungsschlüssel, Vernehmlassung; Stellungnahme: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 353	08.09.2014	5	2013/17-127	1120	10/22

#### Detailberatung

Ratspräsident Messerli Gregor: Zu diesem Geschäft haben wir im Vorfeld zur heutigen Sitzung eine Vernehmlassung bei den Fraktionen durchgeführt. Von dieser Vernehmlassung haben die FDP, die SP und die EVP Gebrauch gemacht und uns eine Vernehmlassungsantwort eingereicht. Auf den Tischen liegen nun die konsolidierte Version der Vernehmlassungsergebnisse sowie die Haltung des Gemeinderates, welche bereits zu einem früheren Zeitpunkt vorhanden war. Bei einem Punkt wird es noch eine Abstimmung benötigen. Es betrifft die Höhe der Unterstützungsbeiträge. Die SP hat in ihrer Vernehmlassungsantwort mitgeteilt, dass sie die vier Beitragserhöhungen nicht gut findet und diese ablehnend beurteilen würde. Die anderen Teilnehmer der Vernehmlassung sowie der Gemeinderat können die Beitragserhöhungen für die vier Institutionen gutheissen. Ich möchte über diesen Punkt abstimmen. Bei der Abstimmung geht es darum, ob ihr einverstanden seid, dass wir auch die Beitragserhöhungen gemäss dem Vorschlag des Gemeinderates und den anderen Vernehmlassungsteilnehmer oder ob diese Beitragserhöhungen nicht unterstützt werden sollen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss zu Ziffer 1, Höhe der Unterstützungsbeiträge:

Antrag „Ja, allen“	14
Antrag SP-Fraktion „Ja, mit Ausnahme von den 4 Beitragserhöhungen“	18

Der Antrag der SP-Fraktion „Ja, mit Ausnahme von den 4 Beitragserhöhungen“ wird gutgeheissen.

Beschluss:

Somit ist einstimmig der folgende

#### Beschluss

entstanden:

Die Stellungnahme zu den Leistungsverträgen mit den Kulturinstitutionen von mindestens regionaler Bedeutung und zum Finanzierungsschlüssel (Vertragsperiode 2016-2019) wird genehmigt.

## Reglement über die finanzielle Unterstützung der im GGR vertretenen politischen Parteien und Wählergruppen; Aufhebung: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 353	08.09.2014	6	2013/17-128	1121	12/32

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Federer Guido, GPK: Die vorliegende Botschaft zu diesem Geschäft ist fast kürzer als mein Votum. Wie es Gregor Messerli gesagt hat, stammt dieses Geschäft aus der Sparrunde vom 12. Mai 2014. Die Begründung ist aus Sicht der GPK gegeben. Die GPK beantragt dem GGR die ersatzlose Aufhebung des Reglements zu genehmigen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 31 zu 1 Stimmen bei 0 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 47. Abs. 1 Bst. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Das Reglement über die finanzielle Unterstützung der im GGR vertretenen politischen Parteien und Wählergruppen vom 13. Oktober 1975 wird per 31. Dezember 2014 ersatzlos aufgehoben.
2. Vorbehalten bleiben
  - eine fakultative Volksabstimmung gemäss Art. 47 Abs. 1 Bst. a
  - ein Volksvorschlag gemäss Art. 35 der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999.
3. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

## Schulanlage Worboden; Neugestaltung Lehrerbereich: Kreditbewilligung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 353	08.09.2014	7	2013/17-129	522	32/2/8

### Eintreten:

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

### Detailberatung

Hirsbrunner Bruno, GPK: Eine gut lesbare Botschaft mit allen notwendigen Angaben liegt uns vor. Die Darstellung des Projektes ist mit einem Plan gut nachvollziehbar. Die Kosten sind ausgewiesen, die relevanten Interessensgruppen wurden eingeladen sich zu äussern. Die Infrastrukturkommission hat die ursprünglichen Kosten als zu hoch beanstandet und es konnte eine Reduktion auf CHF 831'000.- erfolgen. Das Architekturbüro ANS Architekten und Planer SIA AG Worb hat die Planung vorgenommen. Die GPK fragt sich, ob da eine Abhängigkeit bei Projekten der Gemeinde an das Architekturbüro ANS besteht? Der Botschaft kann entnommen werden, dass sich die Bedürfnisse der Lehrerschaft im Vergleich zur Situation vor 40 Jahren verändert haben. Die Zusammenarbeit der Lehrpersonen, die Vorbereitungsarbeiten im Schulhaus und der wesentlich grössere Anteil an Teilpensenlehrpersonen führen zu fehlendem Platz im Lehrerbereich. Insbesondere fehlen Arbeitsplätze, Besprechungsräume und Stauraum für das persönliche Arbeitsmaterial. Die Notwendigkeit der Anpassung des Lehrerbereichs ist gegeben und begründet. Die Schulanlage im Worboden ist immer wieder ein Thema im GGR. Eine Gesamtübersicht der bereits ausgeführten und noch auszuführenden Bauprojekte in der Schulanlage Worboden über mehrere Jahre würde bei der Entscheidungsfindung helfen. Es sollte ersichtlich sein, welche der vorgesehenen Investition vom Jahr 2011 von rund 11.2 Mio. Franken nun bereits getätigt sind und ob sich die Gesamtkosten dieses Projekts noch in diesem Rahmen bewegen. Die GPK beantragt dem Grossen Gemeinderat für die Neugestaltung des Lehrerbereichs in der Schulanlage Worboden einen Verpflichtungskredit von CHF 831'000.- zu bewilligen.

Gemeinderat Hauser Ernst, Departementsvorsteher Bau: Bis im Jahre 2010 wurde hier im GGR für jedes Sanierungsgeschäft mit den Worten „hier fehlt die strategische Investitionsplanung“ bemängelt. Seit Dezember 2011 haben wir diese Planung zum Zustand und Investitionsbedarf unserer Liegenschaft. Das heisst über den Zustand und den Sanierungsbedarf im Worboden, wie der Lehrerarbeitsbereich, wurde bereits damals diskutiert. Also, lange bevor eine Zentralisierung ins Blickfeld trat. Die strategische Investitionsplanung zeigt auf, dass zwischen 2013 und 2022 mit Kosten von ca. 12 Mio. Franken gerechnet werden muss. Davon wurden bereits 1.2 Mio. Franken wegen Wassereinbruchs bei den Flachdächern investiert. Die Frage der GPK kann ich damit beantworten, dass die Gesamtkosten noch absolut im Rahmen sind. Wenn wir uns gegen den Minergie-Standard entscheiden, werden die Kosten sogar noch wesentlich tiefer ausfallen. Eine weitere Etappe ist nun der Lehrerarbeitsbereich inklusiv Fenster und Fassade. Der Entscheid der Stimmberechtigten, die Oberstufe im Worboden zu zentralisieren, ergibt das Resultat, dass sich das Lehrerkollegium vergrössert, nicht aber der Arbeitsbereich. Das heisst, das Raumangebot wird sich nicht verändern. Die Arbeitsplätze werden von 20 auf 26 erhöht. Das heisst wiederum für die 37 Lehrpersonen und durchschnittlich 10 Studierenden der Pädagogischen Hochschule (PH) müssen immer noch Arbeitsplätze geteilt werden oder in einem anderen Arbeitsraum arbeiten. So wie sich die Gesellschaft verändert hat, hat sich natürlich auch der Lehrerarbeitsbereich verändert. Vor 40 Jahren arbeiteten weniger Lehrer mit grösserem Arbeitspensum und wohnten, wegen der Wohnsitzpflicht, in der Gemeinde. Die Korrekturen und Arbeitsvorbereitungen wurden damals zuhause erledigt. Heute ist die Situation völlig anders. Wesentlich mehr Lehrpersonen arbeiten mit Teilpensen, wohnen auswärts und arbeiten deshalb grundsätzlich in der Schule. Zudem ist nicht mehr nur eine Lehrperson für die Klasse zuständig, sondern ein Team von Lehrpersonen arbeitet zusammen. Diese Zusammenarbeit hat heute einen grösseren Stellenwert als früher. Aus diesem Grund benötigen wir heute ruhige Plätze im Lehrerarbeitsbereich für das Arbeiten und den nötige Stauraum für das persönliche Arbeitsmaterial. Es benötigt zudem separate Besprechungsräume für die Teams, Elterngespräche usw. Das geplante Projekt und die notwendigen Arbeiten dazu sind in der vorliegenden Botschaft beschrieben. Ich verzichte darauf näher einzugehen, mache aber dafür noch einige Bemerkungen zu den Kosten. Das erste Projekt, das auf dem Tisch lag, war über eine Million Franken. In der Infrastrukturkommission war sofort klar, dass da Einsparungen möglich sein müssen. Die Möblierung musste abgespeckt werden. Nun liegt ein Kreditantrag über CHF 831'000.- vor. Dieser Betrag wird grob wie folgt aufgeteilt. Für Fenster und Fassade sind ca. CHF 65'000.- vorgesehen, für den Arbeitsbereich ca. CHF 635'000.- und für die Möblierung zwischen CHF 100'000.- und CHF 125'000.-. Dies sind alles Kostenvoranschläge mit +/- 15%. Die Ausschreibungen und die Offertphase müssen nach der Kreditgutsprache noch erfolgen. Der Gemeinderat empfiehlt euch den Kredit von CHF 831'000.- zu genehmigen. Ich gebe noch eine Antwort zur Frage der GPK. Ich sehe keine grosse Abhängigkeit zur ANS. ANS wurde hier wiederum gewählt im Sinne einer effizienten Arbeitsabwicklung und auch wiederum wegen der Kosteneinsparung. Ein neues Planungsbüro muss sich wieder in die Materie einarbeiten. Dies hätte wiederum höhere Kosten generiert, die wir nicht verursachen wollten.

Jost-Pfister Catarina, GLP: Die Grünliberale Partei sagt ja zum Kredit der Neugestaltung des Lehrerarbeitsbereiches inklusive aller benötigten Gewerke und Einrichtungen. Der Auslöser für dieses Geschäft ist nicht die Zusammenlegung der Oberstufen Rüfenacht und Worb. Es ist uns ein Anliegen dies hier zu deponieren. Handlungsbedarf ist angesagt, weil sich die Anforderungen an den Schulbetrieb massiv verändert haben und das nicht erst seit heute. Ich erinnere Sie daran, wie schon in früheren Voten ausgeführt, dass auch Lehrpersonen professionelle Arbeitsplätze brauchen, so wie sie in einer Verwaltung oder auch in der Privatwirtschaft schon lange üblich sind. Dies hat nichts mit Luxus zu tun und ist aus meiner persönlichen Erfahrung, die ich in der Schule gemacht habe, in

anderen Gemeinden nicht aussergewöhnlich. Nebenbei sei bemerkt, dass auch Lehrpersonen ihren Arbeitgeber aussuchen können und nicht nur umgekehrt. Ebenfalls wird Professionalität auch an angemessen eingerichteten Räumen erkannt. Wer von uns sitzt schon gerne bei Besprechungen auf Schülerstühlen irgendwo hinter einem Schülertisch. Im Winter werden Elterngespräche zum unvergesslichen Erlebnis in Daunenjacke und Fellstiefeln, da die Heizungen am Abend zurück- oder fast abgestellt sind. Kleinere beheizbare Räume machen deshalb Sinn. Um künftig den Anforderungen zu genügen, stellt sich die Grünliberale Partei hinter den Kredit für die Neugestaltung Lehrerbereichs.

Zwahlen-Leibundgut Beatrix, EVP: Mehr als CHF 800'000.- „nur“ für die Gestaltung des Lehrerbereichs scheint mir sehr viel Geld zu sein. Ich habe mir deshalb letzte Woche den heutigen Lehrerbereich eingehend angesehen und mit Urs Gerber, Schulleiter, gesprochen. Ich stellte fest, dass der heutige Lehrerbereich nicht wirklich von den Aufenthaltsräumen getrennt ist und somit die nötige Ruhe zum konzentrierten Arbeiten fehlt. Die 26 Arbeitsplätze sind zudem sehr eng bemessen. Kritisieren könnte man die hohe Anzahl der Arbeitsplätze. Bei 37 Lehrpersonen und 10 Studenten frage ich mich, ob wirklich jemals 26 Lehrpersonen gleichzeitig den Arbeitsplatz gebrauchen? Da der Raum aber vorhanden ist und die Einsparung von sechs Arbeitsplätzen, gemäss Bauverwaltung, nur CHF 13'000.- ausmachen würde, scheint mir die Einsparung gering. Sitzungen werden im Moment im Arbeitsraum oder in der Mediothek abgehalten. Für Elterngespräche stehen nur ein Besprechungszimmer oder die Klassenräume zur Verfügung. Ein grosser Multifunktionsraum und weitere Besprechungszimmer erweisen sich somit als notwendig. Bei der ganzen Planung wurde gemäss Bauverwaltung auf das Bestehende aufgebaut. Noch brauchbares Mobiliar wird weiterverwendet, auf Minerale wird verzichtet, der Multifunktionsraum wird nicht durch eine teure Faltscheibe getrennt und die Toiletten werden nicht umgebaut. Wie mir Konrad Joss versicherte, entstehen durch die Zentralisierung keine wesentlichen Mehrkosten. Das ist auch zu hoffen, wurde doch in der Botschaft an die Stimmbürger von einem Kostenaufwand im Worboden von nur CHF 90'000.- gesprochen. Bei den noch anstehenden Sanierungen, muss dieser Tatsache dringend Rechnung getragen werden. Es könnte eine Aufgabe der ASK sein, dies zu prüfen. In den letzten 40 Jahren hat sich das gesamte Bildungswesen markant verändert. Der bestehende Lehrerbereich entspricht sicher nicht mehr dem heutig allgemeingültigen Standard. Aus diesem Grund wird die EVP-Fraktion dem Kredit zustimmen. Die Kostenschätzung Ende 2011 betrug CHF 900'000.-. Obwohl der jetzige Kredit unter diesem Betrag liegt, bitten wir die Bauverwaltung eingehend, die Kosten weiterhin möglichst tief zu halten.

Kämpfer Erwin, FDP: Wir haben heute unter dem Traktandum 4 mit der Präsentation des Finanzplanes 2015/2019 eine deutliche Situation unserer Gemeindefinanzen dargelegt erhalten. In Anbetracht dieser Finanzlage hat die FDP einer Steuererhöhung mit Zähneknirschen zugestimmt. Die FDP hat mit der Zustimmung auch verlangt, dass, angesichts der knappen Finanzen die Planung der vorgesehenen Standards bei anstehenden Investitionen in Gebäude und Infrastrukturen, einer kritischen Überprüfung unterzogen und allenfalls entsprechend angepasst werden muss. Nun stimmen wir über das vorliegende Geschäft der Neugestaltung des Lehrerbereichs, mit einer Investition von CHF 831'000.- ab. Und dies mit einer Genauigkeit von +/- 15%, was einer Summe von ca. CHF 955'000.- entsprechen würde. Wir können uns solche Summen nicht mehr leisten und müssen mit klaren Vorgaben die Anforderungen und die Kosten begrenzen. Die FDP appelliert nun an alle hier im Saal, sich dieser Ausgangslage bewusst zu werden. Wir alle haben zudem in der Vorschau unter Punkt 2.1 Folgendes gutgeheissen: „Alle Vorhaben müssen konsequent auf Kosteneinsparungen beziehungsweise Ertragsverbesserungen überprüft werden. Zusätzlich müssen Geschäftsvorlagen aufzeigen, welche Alternativen geprüft wurden und welche Standards erfüllt werden müssen.“

Beschaffungen über CHF 200'000.- sollen durch Offerten zu Marktpreisen belegt werden.“ Die FDP verlangt deshalb die Abwicklung dieses Geschäftes gemäss den erwähnten Vorgaben. Es wären somit Kosteneinsparungen und Standards zu überprüfen. Dies könnte mittels einer alternativen Projektvariante erfolgen. Trotz des Votums von Ernst Hauser ist die FDP überzeugt, es lassen sich wesentliche Einsparungen erzielen. Die vorliegende Botschaft gibt keine Auskunft darüber, ob ein Alternativvorschlag vorliegt. Wir haben lediglich von Kosteneinsparungen gehört. Wie diese zustande kamen, wissen wir nicht. Die FDP stellt deshalb den Abänderungsantrag, dass ein Alternativprojekt zu erarbeiten ist und dass für die Neugestaltung des Lehrerbereiches in der Schulanlage Worboden ein Verpflichtungskredit von maximal CHF 600'000.- bewilligt wird. Die Begründung haben wir mit den vorhergehenden Erläuterungen dargelegt. Ich verweise darauf, dass Nachbargemeinden soeben ähnliche Ausbauten beendet haben und diese zeigen diese Tendenz auf. In der Gemeinde Worb sind wir in der Lage miteinander solche Projekte auszuführen. Eine hochstehende Bildungsqualität setzt gute Lehrkräfte voraus. Diese erfüllen bereits heute gute Leistungen und geben auch morgen ihr Bestes für unsere Kinder. Das Ziel ist es nun, mit der Chance einer Projektvariante zu einer gemeinsamen, günstigeren Lösung zu kommen. Es ist noch nicht zu spät, auch mit einer Neuüberprüfung könnten die terminlichen Vorgaben noch eingehalten werden. In Anbetracht der Gemeindefinanzlage dankt die FDP für die Unterstützung unseres Abänderungsantrages.

Kühn-Blank Christa, SP: Ich muss nun improvisieren, da bereits vieles gesagt wurde und neu dieser Änderungsantrag vorliegt. Ich bedanke mich für die Unterlagen und die Informationen, welche wir zu diesem Geschäft erhalten haben. Eine schematische Übersicht über den Ablauf der geplanten Renovationen wäre sehr dienlich gewesen, wenn daraus ersichtlich gewesen wäre, wie der Stand heute ist, was bereits erneuert wurde, was erneuert werden soll und wann dies geschehen soll. Wie viel von den 11.2 Mio. Franken schon verbraucht wurden und wie viel für was und wann verbaut werden soll. Die Gründe, weshalb renoviert und umgestaltet werden muss, sind erwähnt worden. Auch uns reichen die aus, um dieses Projekt zu unterstützen. Erfreulicherweise sind die Kosten von mehr als einer Million Franken auf CHF 831'000.- gesenkt worden. Die grösste Einsparung konnte aufgrund des Weglassens des Minergie-Standards erreicht werden. Bei der angespannten finanziellen Lage akzeptieren wir dies, wenn auch zähneknirschend und mit grossem Bedauern. Erlauben Sie mir noch ein paar Bemerkungen zu einzelnen Baukosten. Uns ist der hohe Betrag für die Elektroanlagen aufgefallen. Dieser macht fast ein Drittel der Bausumme aus. Bei der Rückfrage bei der Bauverwaltung haben wir erfahren, dass davon CHF 63'000.- allein für die Beleuchtungskörper vorgesehen sind. Gutes Licht am Arbeitsplatz ist wichtig. Dennoch erscheint uns der Betrag sehr hoch. Vielleicht sind da noch Einsparungen möglich. Im Weiteren haben wir uns über die acht Sofas bei der Möblierung der Lehrerlounge gewundert. Die sind zwar nicht so teuer, aber ich habe im Verlauf meiner Karriere viele Lehrerzimmer kennengelernt. Einen Sofabereich habe ich aber bis heute noch nirgends angetroffen. Sollte diese Einrichtung jedoch dazu führen, dass sich Bernische Lehrkräfte um Stellen in Worb reissen, dann sei auch dies bewilligt. Allerdings sollte die bequeme Lounge nicht dazu führen, dass die Lehrpersonen die Pausen ausdehnen und zu spät zum Unterricht erscheinen. Wir von der SP-Fraktion gönnen unserer Lehrerschaft moderne und komfortable Arbeitsplätze und empfehlen auch unseren Ratskollegen dieses Geschäft zur Annahme. Wir möchten mit der Bewilligung dieses Kredites den Lehrpersonen unsere Wertschätzung ausdrücken. Den Sparantrag der FDP werden wir nicht unterstützen. Es scheint mir, dass CHF 600'000.- deutlich zu wenig sind. Wir sind auch der Meinung, dass möglichst kostengünstig umgestaltet werden soll und es liegt gemäss Bauverwaltung noch einiges drin, weil ja dies erst Schätzungen sind und die Offerten noch nicht vorliegen. Bei Einsparungen ist immer die Frage, wo dann eingespart wird und da habe ich meine Bedenken, wenn wir hier einfach sparen wollen, damit gespart wird.



Wälti Martin, SVP: Die Vorlage zum Geschäft der Schulanlage liegt übersichtlich, gut lesbar und verständlich vor. Besten Dank für die guten und seriösen Vorarbeiten. Insbesondere die angehängten Pläne mit den Grundrissen und der Etappenplan dienen einem besseren Verständnis. Die Bedürfnisse durch die veränderten Anforderungen an den Lehrerbereich sind aufgeführt und klar erkennbar. Nun stellt sich aber die Frage, sollen oder müssen diese Begehrlichkeiten bei diesem Projekt wirklich rundum erfüllt werden, oder könnte nicht auch eine abgespeckte Variante die nötigen und wichtigsten Bedürfnisse bei diesem Projekt sicherstellen. In Anbetracht der momentanen Finanzlage sind wir der Auffassung, dass dieses Projekt noch einmal akribisch überprüft und der Kostenrahmen deutlich gesenkt werden muss. Wenn es vordergründig scheint, dass durch diese Investition die Laufende Rechnung bei einer Nutzungsdauer von 25 Jahren mit Abschreibungen und Zinsen jährlich mit CHF 56'000.- belastet, ist dies aus heutiger Sicht eben doch viel Geld, und muss immer zuerst erwirtschaftet werden. Meine Damen und Herren, wir von der SVP-Fraktion sind uns der Tragweite dieses Geschäftes sehr wohl bewusst. Vor allem wenn wir sehen, welche Kosten in den nächsten Jahren im Worboden noch auf uns zu kommen. Gerade deswegen ist es politisch auch immer einfacher, Geschäfte mit solch hohem Kostencharakter wie dieses „immerhin nahe bei einer Million“ einfach durchzuwinken, um damit bei den Direktbetroffenen und in der Öffentlichkeit möglichst gut dazu stehen. Insbesondere, wenn es noch um die Schulen und die Bildung geht, wo man fast geächtet wird, wenn man hier schon nur von Kostenoptimierung spricht. Wir wollen die Gemeinde mit Sicherheit auch nicht zu Tode sparen. Auf der anderen Seite sehen wir uns in der Verantwortung der Ausgabenkontrolle. Jeder Steuerfranken soll gut und nutzbringend eingesetzt werden. Dies sind wir dem Souverän schuldig, insbesondere wenn sich der Steuerfuss in unserer Gemeinde schon bald wieder nach oben bewegen soll oder noch schlimmer, wir gezwungen werden die Steueranlage zu erhöhen. Nach eingehender Diskussion kam die SVP-Fraktion zum Schluss, das Geschäft mit folgendem Auftrag an den Gemeinderat zurückzuweisen: Das Kostendach zum Verpflichtungskredit darf CHF 600'000.- nicht überschreiten. Dies ist also eine ähnliche Kalkulation, wie sie im FDP-Antrag steht. Der Zeitplan soll wenn möglich eingehalten und nur wenn zwingend nötig hinausgeschoben werden. Die SVP-Fraktion hat keinen Änderungs- oder Rückweisungsantrag. In diesem Zusammenhang unterstützt die SVP-Fraktion den Änderungsantrag der FDP-Fraktion vollumfänglich.

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Ich ärgere mich gerade ziemlich über die Haltung der FDP mit ihrem Änderungsantrag. Die Erhöhung der Liegenschaftssteuer wurde deutlich abgelehnt und die Beitragserhöhung für die Leistungsverträge wurde angenommen. Die FDP war bisher immer federführend, wenn es um die Entwicklung der Bildung und der Schulen ging. Aber nun will die FDP dauernd bei den Schulen sparen. Da habe ich sehr grosse Mühe damit.

Kämpfer Erwin, FDP: Ich kann diese Reden nun nicht unbeantwortet lassen. Wir müssen einfach mal die Standards hinterfragen. Wir sind nicht gegen die Schulen. Wir haben im Moment ein Problem mit unseren Finanzen. Einmal muss begonnen werden und hier wäre die Möglichkeit da, mit einer Überprüfung. Das heisst nicht, dass wir gegen etwas sind, sondern dafür. Wir wollen eine gemeinsame Lösung und deshalb unterstützen unseren Antrag. Dies ist nicht gegen die Schulen. Wir sind für unsere Bildungspolitik und wir stehen für unsere Bildungsqualität ein. Mit diesem Antrag kommen wir dem auch wirklich entgegen. Danke für eure Unterstützung.

Gemeinderat Hauser Ernst, Departementsvorsteher Bau: Die Kosten tief zu halten ist für mich zwingend. Standards überprüfen, Wünsche prüfen, auch das ist während der Projektphase gegeben. Dass man laufend die Kosten im Projekt überprüft, ist absolut normal. Der Steuerfranken gut und nutzbringend einsetzen, heisst für mich auch Gewähr für freundliche Arbeitsvergabe. Einladen orts-

ansässiger Anbieter für die Offertstellung wird immer wieder gewünscht und bemängelt. Antizyklisches Verhalten der Gemeinde soll vorliegen. Ich kann mit diesen CHF 600'000.- leben, aber ich habe dann ein Problem in der Umgebung Offerten einzuholen. Dann müssen wir nach Deutschland und Tschechien ausweichen. Ich wäre ja auf das Echo hier im Saal gespannt. Es ist klar, dass Varianten geprüft werden, Offerten werden eingeholt und da wird geprüft, auf welchem Arbeitsmarkt die Arbeit vergeben wird.

Beschluss:

Antrag FDP-Fraktion (Ausarbeitung Alternativprojekt und Kreditkürzung auf CHF 600'000.-)	13
Antrag Gemeinderat	18
Enthaltungen	2

Der Antrag des Gemeinderates wird somit gutgeheissen.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 19 zu 12 Stimmen bei 2 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. b der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden.

1. Für die Neugestaltung des Lehrerarbeitsbereichs in der Schulanlage Worboden wird ein Verpflichtungskredit von CHF 831'000.00 bewilligt; betroffen ist das Konto 377.503.12 der Investitionsrechnung.
2. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

(Ratspräsident Messerli Gregor gibt einen Sitzungsunterbruch bekannt. Dieser dauert von 21.45 bis 21.55 Uhr. Die Protokollführerin.)

## Strassenbeleuchtung; Übernahme der öffentlichen Beleuchtung von der BKW: Kreditbewilligung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 353	08.09.2014	8	2013/17-130	1076	33/23

Eintreten:

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Federer Guido, GPK: Die Botschaft zum Geschäft ist eher kurz gehalten. Manchmal ist Kürze angebracht, hier hätten wir jedoch eine grössere Detaillierung begrüsst. In der Botschaft ist der Gegenstand des Geschäfts nur sehr rudimentär dargestellt, man erfährt nur, dass es sich um 542 Lichtpunkte handelt. Über das Alter und den Zustand dieser Lichtpunkte sind jedoch keine Angaben vorhanden. Zudem fehlt eine Begründung, warum die Strassenbeleuchtungsanlagen in Richigen nicht betroffen sind von dieser Übernahme. Die Aufstellung des Kostenvergleichs in Ziffer 3.3 ist schwer verständlich. Beim bisherigen Modell basieren die aufgeführten Prozentsätze auf einem Kapitaldienstanteil von 10% des aktuellen Anlagekapitals mit einer degressiven Abschreibung. Die Einsparungen beim neuen Modell basieren vor allem darauf, dass die Gemeinde günstiger Geld aufnehmen kann als die BKW und der Unterhalt günstiger wird. Das scheinbare Paradoxon bei den Abschreibungen, nämlich dass die Abschreibungen bei 4% CHF 50'000.- betragen und bei 2.22% CHF 56'000.- rührt daher, dass die Abschreibungen beim alten Modell degressiv erfolgen und beim neuen Modell linear. Der Betrieb und der Unterhalt sollen weiterhin durch die BKW durchgeführt werden. Die GPK stellte sich hier die Frage, ob Offerten von anderen Anbietern für Betrieb und Unterhalt eingeholt worden sind? Dies wäre begrüsst worden. Im Beschluss, dass die Anlage mit einer einmaligen Zahlung übernommen werden kann, ist nur implizit, nämlich über den Betrag. Es ist aber nicht explizit gesagt, dass eine einmalige Zahlung erfolgt. Deshalb beantragt die GPK dem Grossen Gemeinderat das Geschäft mit folgendem Änderungsantrag zu genehmigen: „Für die Übernahme der Strassenbeleuchtung von der BKW Energie AG durch die Gemeinde Worb wird ein Verpflichtungskredit von CHF 1'047'600.00 bewilligt; betroffen ist das Konto 332.581.01 der Investitionsrechnung. Der Betrag ist in einer Tranche zu bezahlen.“

Gemeinderat Hauser Ernst, Departementsvorsteher Bau: Dies ist wieder einmal ein Geschäft, bei dem die Gemeinde einfach ja sagen muss, damit wir die CHF 132'000.- Rückforderungsverzicht mitnehmen können. Bei einem Gegenentscheid heisst dies, dass die ganze Misere bis im Jahr 2017 zu übernehmen ist. Dann werden wir die CHF 132'000.- nicht mehr erhalten. Mit der neuen Strassengesetzgebung wurde die Strassenbeleuchtung auf den 1. Januar 2009 als Bestandteil der öffentlichen Strassen deklariert. Durch diese Gesetzesänderungen müssen die Besitzverhältnisse neu geregelt werden. Das Gesetz schreibt keine Umsetzungsfrist vor. Deshalb wird eine mittelfristige Umsetzung von ca. fünf Jahren als angemessen betrachtet. Aus diesem Grund beantragt die BKW den Gemeinden die Strassenbeleuchtungsanlagen offiziell in ihr Eigentum zu übernehmen. Für Worb heisst dies, dass neu 563 Lampen der Gemeinde gehören und 298 Lampen gehören dem Kanton. Von diesem Geschäft nicht betroffen sind die Anlagen der Licht- und Kraftgenossenschaft in Richigen. Die sind bereits im Besitz der Genossenschaft. Die Genossenschaft könnte höchstens die Lampen der Gemeinde. Die Überprüfung des Zeit- bzw. des Restwertes entspricht der Angaben der BKW. Der Zustand der Lampen ist also bekannt und kann als angemessen betrachtet werden. Dieser Angebotspreis ist wegen der Gleichbehandlung aller Gemeinden durch die BKW auch nicht mehr verhandelbar. Gleichzeitig mit dem Kaufangebot wurde der neue Vertrag zur Bewirtschaftung ausgehandelt. Die BKW wird neu nur noch für folgende Leistungen verantwortlich sein: Pikettendienst 7 x 24 Stunden, Störungsmanagement und Störungsbehebung und gesetzliche Zustandskontrollen und Protocolling bzw. Nachführung des Web-GIS der Gemeinde. Die Abgeltung dieser Leistung wird nur noch CHF 11'000.- kosten. Die BKW ist für Betriebs- und Unterhaltsarbeiten nicht mehr zuständig. Der Unterhalt „Ersatz“ wird in Zukunft ausschliesslich durch die Gemeinde erfolgen. Ob wir die dann mit der Weggruppe selber machen oder outsourcen steht noch in den Sternen. Wenn wir das bisherige mit dem neuen Modell vergleichen, erhalten wir hier eine Kostenersparnis von CHF 32'000.-, wobei ich die Kosteneinsparung auch anders anschauen kann. Durch ihre Monopolstellung hat die BKW Leistungen zu teuer verkauft. Bei einer einmaligen Zahlung und der

Übernahme der Anlage im Jahr 2014 gewährt die BKW, ich habe dies bereits erwähnt, einen Rückforderungsverzicht von CHF 132'000.-, sprich ca. 12%. Bei einer Zahlung in zwei Tranchen fällt dieser Rabatt weg und der Kaufpreis wird um ca. CHF 70'000.- teurer. Fazit: Bei einem heutigen Verzicht auf das Übernahmeangebot würde die Gemeinde weiterhin den hohen Preis für die Verzinsung und den Unterhalt bezahlen. Es gibt keine neuen Vertragsverhandlungen. Der Rabatt von 12% geht verloren. Mit der Übernahme der Beleuchtung werden die Besitzverhältnisse nach den neusten Gesetzgebungen umgesetzt. Gleichzeitig werden die Betriebs- und Unterhaltskosten auf das effektiv notwendige Mass reduziert. Die Zuständigkeiten sind neu geregelt. Durch die Übernahme können wir gemäss heutigen Grundlagen ab dem Jahr 2016 Kosten von rund CHF 32'000.- einsparen. Der Gemeinderat empfiehlt euch, dem Verpflichtungskredit zuzustimmen.

Stöckli Rolf, EVP: Besten Dank der Bauabteilung für die ausführlichen Informationen zum Geschäft „Übernahme der öffentlichen Beleuchtung“. Ernst Hauser hat es in seinen Ausführungen klar gesagt, dass wir um eine Übernahme der Beleuchtung nicht herumkommen. Mit der neuen Strassengesetzgebung, die am 1. Januar 2009 in Kraft getreten ist, ist die Strassenbeleuchtung eine öffentliche Aufgabe. Im Gesetz ist zwar keine Umsetzungsfrist vorgeschrieben, aber früher oder später werden wir die Beleuchtung übernehmen müssen. Eine ganze Reihe von Gemeinden hat dies bereits gemacht. Heute liegt uns ein gut verhandeltes Angebot vor. Wir von der EVP sind der Meinung, dass wir von diesem Angebot profitieren sollten. Wir können mit dieser Übernahme die Betriebs- und Unterhaltskosten reduzieren und wir können mit der Übernahme der Strassenlampen sogar noch etwas Geld sparen, wie uns Ernst Hauser versichert hat. Dies alles hilft uns, die Laufende Rechnung etwas zu entlasten. Wir von der EVP stimmen dem Beschluss wie vorgelegt zu.

Graf Stefan, GLP: Die Grünliberale-Fraktion wird sich bei dieser Abstimmung neutral verhalten, das heisst, zwei Stimmen dafür, zwei dagegen. Die Befürworter innerhalb unserer Fraktion sind der Ansicht, dass die Übernahme sachlich gerechtfertigt ist. Das Geschäft ist fertig ausgearbeitet, im Sinne der Effizienz ist es von Vorteil, wenn es jetzt auch, so wie vorbereitet, abgeschlossen wird. In zwei, drei Jahren muss das Dossier in jedem Fall wieder hervorgenommen werden. Es geht bei diesem Geschäft um eine Million Franken. Wir haben die Zahlen deshalb genau angeschaut. Die ablehnenden Stimmen bei uns stören sich daran, dass dieses Geschäft als Sparvorlage verkauft wird. Bei genauer Analyse der Zahlen erkennt man, dass die ausgewiesenen jährlichen Einsparungen von CHF 32'000.- auf wackeligen Beinen stehen, sprich auf optimistischen Annahmen für die zukünftige Entwicklung der Zinsen und Abschreibungen. Wer weiss schon, wie sich die Zinsen in den nächsten Jahren entwickeln werden, auch wir nicht und das wäre Kaffeesatz lesen. Die Strassengesetzgebung gibt die neuen Besitzverhältnisse der Beleuchtung vor. Wir haben vernommen, dass viele, vor allem kleinere Gemeinden, finanziell gar nicht in der Lage sein werden, ihre Beleuchtungen zu übernehmen. Ob die im Gesetz angedachte Übernahme in der Praxis funktioniert, darf bezweifelt werden. Deshalb fragen wir uns, weshalb die Gemeinde Worb hier den Musterknaben oder gar den Winkelried spielen will? Dies geschieht offenbar auch zusammen mit anderen Gemeinden. Die GLP macht den unkonventionellen Vorschlag. Treten wir doch der BKW als Gegenleistung das Schulhaus Wattenwil oder zwei gemeindeeigene Wohnungen in der Alpina Siedlung ab.

Schweizer Hans Peter, FDP: Wieder ein Thema, das sich in der momentanen finanziellen Situation der Gemeinde wirklich katastrophal auswirkt. Grundsätzlich können wir uns eine Investition in Millionenhöhe, die vorherigen Geschäfte waren noch nicht in Millionenhöhe, nicht leisten. Wir müssen, nachdem wir der BKW jahrelang überhöhte Tarife der BKW zugeschossen haben, nun auch für die Übernahme noch überhöhte Tarife bezahlen. Dies um die Anlage unser Eigentum zu nennen. Es sei erwähnt, dass der Kaufpreis wegen Gleichbehandlung der Gemeinden mit der BKW nicht ver-

handelbar ist. Dieses Vorgehen grenzt an Masslosigkeit. Da wir aber gemäss der Bernischen Strassengesetzgebung vom 4. Juni 2008 nicht mehr gesetzeskonform sind, werden wir wohl in diese saure Zitrone beißen müssen. Es ist eben kein saurer Apfel, denn der kann nicht so sauer sein wie eine Zitrone. Ein kleiner Vorteil hat die Gemeinde mit diesem Geschäft dennoch. Durch tiefe Zinsen profitieren die Gemeinden mit operativer Rechnungsentlastung. Die einmalige Übernahme beschert uns Kostenersparnis von CHF 32'000.-. Wir hoffen sehr, dass der Unterhalt durch die Weggruppe, gemäss Departement Bau, nur einen geringen Mehraufwand bedeutet. Die FDP wird diesem Kredit schweren Herzens zusagen.

Hauser Adrian, BDP: Schon wieder eine Million ausgeben. Schon wieder ein Gesetz, das uns zwingt, viel Geld auszugeben. Auf den ersten Blick und mit dem Hintergedanken, dass wir kein unnötiges Geld ausgeben wollen, ist man natürlich sofort dagegen. Aber auf den zweiten Blick liegt vor uns ein vorbereitetes Geschäft, das zum Abschluss bereit liegt. Bei einer sofortigen Übernahme der Strassenbeleuchtung können wir sofort Geld einsparen, da der Unterhalt reduziert und effektiver wird. Wenn wir verzichten, schieben wir wieder eine Investition vor uns hin, welche in drei bis vier Jahren sowieso bezahlt werden muss. Wir wissen diese Investitionen, welche wir immer vor uns hinschieben, werden immer grösser. Jetzt kommt uns die BKW mit einem Rückforderungsverzicht von CHF 132'000.- noch entgegen. Jetzt können wir sofort an die Zukunft denken und Geld sparen. Deshalb wird die BDP-Fraktion diesem Geschäft zustimmen, und zwar mit der einmaligen Bezahlung, da diese CHF 70'650.- günstiger ist.

Federer Guido, SP: Für die Gemeinde Worb ändert sich mit der Übernahme der Beleuchtungspunkte technisch nicht viel. Hingegen sind die Auswirkungen auf der finanziellen Seite viel grösser. Schon heute bezahlt die Gemeinde die Zinsen und die Abschreibungen. Mit der Übernahme wird einfach der Durchlauferhitzer BKW ausgeschaltet. Die Zinsersparnis wird auch relevant sein, wenn das Zinsniveau steigt, weil die Gemeinde immer günstiger Geld aufnehmen kann als die BKW. Aus dieser Sicht wird sich an diesem Punkt nichts verändern. Der Unterhalt wird zudem ebenfalls günstiger. Es ist unschön, dass wir nicht beurteilen können, ob der angebotene Preis der BKW gerechtfertigt ist oder nicht. Wir haben keine Kenntnisse über die Anlagen und wie deren Zustand ist. Aus Sicht der SP ist zentral, dass die Übernahme der Lichtpunkte zu einer Kosteneinsparung führt, vor allem weil hier Geld gespart werden kann, ohne dass eine Reduktion der Leistungen für die Bevölkerung spürbar wird. Zudem erlangt die Gemeinde durch den Kauf die Hoheit über die Anlagen und kann dementsprechend die Investitionsstrategie selber bestimmen. Das heisst zum Beispiel, ob und wann die Anlagen auf LED umgerüstet werden. Die SP begrüsst in diesem Zusammenhang, dass die Gemeinde in der Finanzplanung dafür einen bescheidenen Beitrag reserviert hat. Aus diesen Gründen wird die SP der Vorlage zustimmen.

Beschluss zum Änderungsantrag der GPK, dass der Beschluss mit folgendem Text ergänzt wird: „Der Betrag ist in einer Tranche zu bezahlen.“:

Der Änderungsantrag der GPK wird einstimmig genehmigt.

Beschluss:

Der bereinigte Antrag des Gemeinderates wird mit 30 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 48 Bst. b der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

## Beschluss:

entstanden

1. Für die Übernahme der Strassenbeleuchtung von der BKW Energie AG durch die Gemeinde Worb wird ein Verpflichtungskredit von CHF 1'047'600.00 bewilligt; betroffen ist das Konto 332.581.01 der Investitionsrechnung.
2. Der Betrag ist in einer Tranche zu bezahlen.
3. Vorbehalten bleiben
  - eine fakultative Volksabstimmung gemäss Art. 48 Bst. b
  - ein Volksvorschlag gemäss Art. 35 der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999.
4. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

## Brennpunkte im öffentlichen Raum: Kenntnisnahme, Abschreibung parlamentarischer Vorstösse

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 353	08.09.2014	9	2013/17-131	401	51/10

### Detailberatung

Jorio Nicola, GPK: Ausgangslage des Geschäfts bilden parlamentarische Vorstösse, welche Informationsauswertungen, Massnahmen gegen Vandalismus und mehr Sicherheit im öffentlichen Raum fordern. Es wird festgestellt, dass in der Gemeinde Worb das Sicherheitsgefühl als generell gut befunden wird. Das Geschäft löst keine Kosten aus, da alle Massnahmen bereits in bewilligten Projekten integriert sind. Zusätzliche Aufwendungen sind zurzeit nicht vorgesehen oder müssen auf dem ordentlichen Weg beantragt werden. Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat den Massnahmenplan zur Kenntnis zu nehmen.

Gemeinderat Leiser Thomas, Departementsvorsteher Sicherheit: Die parlamentarischen Vorstösse, eine Motion vom 22. Juni 2009 „Mehr Sicherheit in der Gemeinde Worb“ und ein Postulat vom 13. Dezember 2010 „Massnahmen gegen Vandalismus“ bilden die Ausgangslage zu diesem Geschäft. Aus diesen Vorstössen entstand das Projekt Brennpunkte, mit welchem konfliktbeladene Orte im öffentlichen Raum erhoben und in einem Massnahmenplan zusammengetragen wurden. Damit sollten die objektive messbare Sicherheit und das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung verbessert werden. Dazu wurden eine Befragung der Bevölkerung und diverse Begehungen durchgeführt. Weiter fand auch ein Austausch mit der Kantonspolizei, dem Obergeringenieurkreis, der Jugendarbeit, den Sozialdiensten, den Schulen, dem RBS und der SBB statt. Mit den eingegangenen Anliegen wurde der Massnahmenplan wie er heute vor euch liegt erarbeitet. Dabei wurden Ziele definiert, Massnahmen erarbeitet, der Realisierungszeitpunkt, die Prioritäten festgelegt und die Zuständigkeiten geklärt. Die im Massnahmenplan aufgeführten Brennpunkte entsprechen den einge-

gangenen Anliegen der Bevölkerung. Zusammenfassend kann von einem guten Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger von Worb ausgegangen werden und Worb darf als ruhige und sichere Gemeinde bezeichnet werden. Der Gemeinderat hat entschieden, das Ergebnis der Projektarbeit „Brennpunkte im öffentlichen Raum“ einem Konsultationsverfahren zu unterziehen. Dieses fand vom Mitte April bis Mitte Mai 2014 statt. Dabei wurden alle im öffentlichen Raum engagierten Institutionen und auch ihr von den Parteien und Fraktionen eingeladen, eure Stellungnahmen einzureichen. Von eurer Seite wie von den Institutionen waren keine Eingaben eingegangen. Somit konnte mit dem Massnahmenplan eine gute Dokumentation erstellt werden, welche auch in Zukunft von Nutzen sein wird. Anhand dieses Projekts wird das Departement Sicherheit in gewissen Zeitabständen den Ist-Zustand der gesammelten „Brennpunkte“ mit den beteiligten Institutionen eruieren und den Massnahmenbedarf auch erneut beurteilen können. Der Massnahmenplan dient dazu als Grundlage. Nach Abschluss des durchgeführten Konsultationsverfahrens ist es heute Abend nicht möglich, allfällige Anträge oder Änderungen zum Massnahmenplan im Rahmen dieser Kenntnisnahme einzubringen. Der Massnahmenplan als Ergebnis des Projekts Brennpunkte im öffentlichen Raum wird dem Grossen Gemeinderat zur Kenntnis gebracht. In diesem Zusammenhang beantragt der Gemeinderat die beiden erwähnten Vorstösse abzuschreiben.

Jörg Corinne, FDP: Einleitend danken wir den Verfassern des Berichts für ihre Arbeit. Kritisch zu bedenken ist allerdings, dass seit dem von der FDP angeregten parlamentarischen Auftrag an den Gemeinderat satte fünf Jahre vergangen sind. Aus unserer Sicht ist dies, gerade weil es um die Sicherheit in der Gemeinde geht, ganz klar viel zu lange. Wenn wir uns den Bericht dann genauer ansehen, so ist auch schnell klar, weshalb dessen Erstellung derart lange dauerte. Statt sich wie vom Parlament gefordert auf wenige, neuralgische Brennpunkte sowie auf das damals angesprochene Problem der Gewalt gegen Leib und Leben zu beschränken, präsentiert das Departement nun einen allumfassenden Bericht. Im Bericht sind in Bezug auf Probleme wie Raubüberfälle, Littering und Ordnung keine weiteren Massnahmen vorgesehen. Dagegen schlägt der Bericht, notabene ohne parlamentarischen Auftrag, im Bereich Verkehrssicherheit verschiedenste Massnahmen vor. Der gesamte Bericht erweckt so den Eindruck, als ob sich die Behörde bei dessen Erstellung etwas verzettelt hat. Die FDP betont erneut, dass sich die Bevölkerung in der Gemeinde Worb wohl und sicher fühlen will. Dafür hat das Departement Sicherheit mit wenigen, dafür effizienten Massnahmen zu sorgen. Wichtig ist bei aller Prävention auch, dass begangene Straftaten konsequent verfolgt werden. Dazu braucht es keinen Bericht, sondern Taten der Behörden. Nachdem man sich mit dem vorliegenden Bericht umfassend Rechenschaft über diverse Sicherheitsaspekte in unserer Gemeinde informiert hat, betrachtet die FDP ihre Vorstösse als erfüllt. Wir stimmen dem Antrag des Gemeinderates daher zu. Die FDP wird die Sicherheitslage in der Gemeinde aber auch weiterhin kritisch verfolgen und bei Bedarf weitere Massnahmen einleiten.

Suter Harry, EVP: Die Art und Weise der Behandlung und die Darstellung des vorliegenden Berichtes findet die EVP beispielhaft. Der Bericht ermöglicht auch später, bei Fragen nachzuschlagen und Antworten zu geben oder bei veränderten Rahmenbedingungen eine weitergehende wohldokumentierte Meinung zu bilden. Die EVP dankt für diesen umfangreichen und gut strukturierten Bericht der Polizeiabteilung.

Jost-Pfister Catarina, GLP: Die GLP dankt für die Abfassung des Berichtes. Er ist umfangreich und beispielhaft. Es kann ganz viel daraus gelesen werden und ist auch wichtig, um ganz viele Dinge in der Zukunft anpacken zu können. Es sind einige Brennpunkte, welche beliebig erweiterbar sind. Noch einmal vielen Dank für diesen Bericht, den es benötigt um eine Übersicht zu haben. Es reicht nicht, nur Taten folgen zu lassen. Man muss dies auch schriftlich haben, auch gerade für diese Per-

sonen, die sich damit nicht beschäftigt haben. Wir wünschen uns, dass wir dieses Thema weiterverfolgen und in Zukunft auch andere Orte beleuchtet werden.

Zeh Weissmann Heiko, SP: Lobenswert ist, dass seinerzeit noch Jürg Kaufmann sich viel Zeit genommen hat und ganz basisdemokratisch neben den Fragebogen auch diverse Quartiersbegehungen mit den Experten vor Ort, nämlich mit uns Bürgern, vorgenommen hat. Die Bürger konnten ihre Erfahrungen einbringen und so lag die Deutungswahrheit nicht nur bei der FDP. Die Bedürfnisse der Bevölkerung wurden aufgenommen und wurden auf die Verkehrssicherheit ausgeweitet. Die Eingaben wurden gut und umfassend dokumentiert. Es fehlt leider ein Plan, bei dem ersichtlich ist, wo die Brennpunkte örtlich sind. Mit einigen kleinen Massnahmen wurde beispielsweise die Verkehrssicherheit beim Scheyenholz verbessert und die SP ist mit diesen Massnahmen einverstanden. Es wurde pragmatisch und verhältnismässig ein Ausgleich zwischen den berechtigten Sorgen der Bürger gefunden und eben auch die nötige Toleranz bei der Nutzung des öffentlichen Raumes. Zur Schlichtung hat die Jugendarbeit viel dazu beigetragen. Hier wird ihre Arbeit wirklich sichtbar. Dies sollten wir bei der nächsten Sparrunde nicht vergessen, zumal wir wieder neue Brennpunkte schaffen werden, wo die Jugendarbeit gebraucht werden dürfte. Das kann zum Beispiel beim Zentrum Rüfenacht sein und bei der Nutzung dieses Platzes, wo demnächst eine Nutzungsvereinbarung abgeschlossen wird oder bei der Zentralisierung der Oberstufe, bei der vielleicht der Jugendtreff eine neue Funktion erhält. Auch bei der Nutzung im Worboden oder bei der Ortsplanungsrevision, wo andere öffentliche Bereiche vorgesehen sind. Mein Eindruck ist, dass der Titel Brennpunkte etwas reisserisch gewählt wurde. Ich finde es brennt nicht wahnsinnig viel, nur ein paar kleine Kerzen, aber das ist auch endlich mal eine Nutzung des öffentlichen Raumes. Wo nicht viel brennt, muss auch nicht viel gelöscht werden. Von dem her sind die Massnahmen, welche alle kostenneutral sind, eben auch in einem kleinen Bereich. Die SP kann der Abschreibung voll zustimmen.

#### Beschluss:

1. Der Massnahmenkatalog wird zur Kenntnis genommen.
2. Folgende parlamentarischen Vorstösse werden einstimmig als erfüllt abgeschrieben:
  - Motion der FDP-Fraktion vom 22. Juni 2009, „Mehr Sicherheit in der Gemeinde Worb“
  - Postulat der FDP-Fraktion vom 13. Dezember 2010, „Massnahmen gegen Vandalismus“.
3. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

## Postulat der SP-Fraktion betreffend Brücke Brüelmoos

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 353	08.09.2014	10	2013/17-132	1060	33/20/2

Gemeinderat Hauser Ernst, Departementsvorsteher Bau: Eigentlich geht es heute Abend nur um die Frage der Erheblichkeitserklärung des Vorstosses. Um diese Frage mit Fakten zu untermauern, sind wir im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz sehr ins Detail gegangen und haben einzelne Varianten mit Kostenschätzungen bereits überprüft. Das Postulat wurde bereits bearbeitet. Im Postulatstext wird der Gemeinderat ersucht, im Brüelmoos beim Zusammenfluss von Worble und Bächu eine einfache Brücke installieren zu lassen. Nach unserer Einschätzung kann es sich nur um



einen einfachen Übergang handeln, damit der Fussgänger trockenen Fusses über den Bach kommt. Genau diese Situation haben wir heute. Eine einfache Lösung, die ohne Kosten während der Bauphase erstellt wurde. Der gewünschte Übergang ist für viele Fussgänger so möglich. Eigentlich bräuchte es da keinen Übergang. Wir haben auf der Gegenseite keinen Weg. Was auf dem Plan ersichtlich ist, ist die momentane Baupiste. Die wird wieder begrünt und der Landwirtschaftszone hinzugefügt. Der Fussgänger hat dort eigentlich gar nichts verloren. Zur Beurteilung des Anliegens müssen verschiedene Faktoren mitberücksichtigt werden. Das Wanderwegnetz führt nicht an diesem Bachabschnitt entlang, sondern über die Bodengasse. Mit der neuen Verbindung Bodengasse-Lauigasse im Bereich Underlouige wird die bestehende Linienführung bekräftigt. Das rote Kreuz betrifft die Stelle der ehemaligen Brüelmoosbrücke (Folienauflage. Die Protokollführerin). Die hätte man sanieren müssen, aber im Zusammenhang wurde diese abgebrochen. Der heute gut sichtbare Flurweg war während der Bauphase die Baupiste für die Wasserbauarbeiten und soll gemäss Projekt im Endzustand begrünt sein und der Landwirtschaft dienen. Ein gemütlicher Spaziergang mit Kinderwagen ist somit dann nicht mehr möglich. Für diese natürliche Gestaltung wurden Beiträge vom Bund und vom Kanton bezogen. Dieser Abschnitt ist zudem im Bereich eines Hornusserspielfeldes. Wenn dort ein Hornusserspiel stattfindet, wird wohl nichts mehr mit dem gemütlichen Spaziergang. Da müsste sehr schnell spaziert werden. Zugegeben; nach Abschluss der ersten Wasserbauarbeiten im untersten Teil Brüelmoos war diese neue 350 m lange Baupiste entlang der Worble für Spaziergänger und Hundebesitzer eine willkommene Abwechslung. Mit Abschluss des ganzen Abschnittes stehen den Wanderern, Spaziergängern ob mit Hund oder Kinderwagen 1.5 km Flurweg entlang der neu gestalteten Worble zur Verfügung. Im Interesse der Landwirtschaft ist eine Steuerung der Naherholung zu berücksichtigen. Es ist nicht vertretbar, dass die Öffentlichkeit jedes denkbare Trasse benützen soll. Littering ist ein grosses Problem. Zur Schonung von Flora und Fauna sind Abschnitte ohne Fussgängerverkehr von wichtiger Bedeutung. Wir haben verschiedene Varianten geprüft. Heute bestehend sind die drei Steinblöcke. Dies ist ein natürliches Element, hat keine Folgekosten und der Übergang ist für fast alle möglich. Ich war einige Male an dieser Stelle. Unter anderem habe ich eine Grossmutter, welche mit drei kleinen Kindern und Fahrrädern da gewesen ist, gesehen und alle konnten problemlos über die Steinblöcke gehen. Die anderen Varianten wären mit einem Holzsteg. Die sind alle kostenintensiv und die Gemeinde wäre Werkeigentümer und somit unterhalts- und haftpflichtig. Ich fasse zusammen: Der Übergang ist nicht Bestandteil des Wanderrouthenetzes. Schonung von Landschaft und Landwirtschaft auf diesem Abschnitt. Kosten und Folgekosten für die Gemeinde. Haftpflicht der Gemeinde bei Unfall als Werkeigentümer. Fehlende Unterstützung der betroffenen Grundeigentümer. Der Übergang ist trotzdem heute für viele möglich. Der Gemeinderat empfiehlt euch deshalb, das Postulat als nicht erheblich zu erklären.

Ramseier-Doevendans Anneke, SP: Ich danke Ernst Hauser für die ausführlichen Erläuterungen. Das Anliegen wurde an der SP-Parteiversammlung von einer älteren Person eingebracht. Aus diesem Grund haben wir das Postulat eingereicht. Wir wussten die Antwort eigentlich bereits im Voraus, aber es war uns dennoch wichtig, dass du die Erläuterungen zur Nichterheblicherklärung mitteilen konntest. Wir ziehen das Postulat zurück.

## Interpellation der SP-Fraktion betreffend Diverse Fragen im Zusammenhang mit der Annahme der SVP-Volksinitiative Gegen Masseneinwanderung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 353	08.09.2014	11	2013/17-133	1059	31/60

Le Fort Werthmüller Geneviève, SP: Genau sieben Monate nach der Annahme der SVP-Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ hätten wir uns gewünscht, dass unsere Interpellation nicht mehr aktuell sei. Leider ist die Situation nicht besser geworden. Da die vorgesehene Umsetzung des Zuwanderungsartikels mit Höchstzahlen und Kontingenten in Konflikt mit der Personenfreizügigkeit kommt, musste im Juli die Schweiz der EU ein angekündigtes Revisionsbegehren zum Freizügigkeitsabkommen (FZA) einreichen. Die Antwort der EU könnte nicht klarer sein: „I regret that the EU is not in a position to agree with your request“. Das heisst vergiss es. Drei Bemerkungen dazu: Die Unsicherheit ist immer noch gross, die Kommunikation bleibt nötig. Die lokale Wirtschaft und Bevölkerung, also die von den Folgen der Initiative Betroffenen, haben keinen direkten Zugang zu Simonetta Sommaruga oder Didier Burkhalter. Der privilegierte Gesprächspartner ist die Gemeindeverwaltung. Die Umsetzung eines neuen Verfassungsartikels ist eine Verbundaufgabe des Bundes und der Kantone. Der Bundesrat wird sich bei seiner Entscheidung auf die Bedarfsmeldungen der Kantone stützen. Um ihren Bedarf dem Kanton Bern zu melden, sei es via Wirtschaftsraum oder direkt, sollte Worb die heutige Situation und die Bedürfnisse der lokalen Wirtschaft kennen. Also die Fragen der SP-Interpellation sind leider immer noch aktuell und wir danken dem Gemeinderat für seine Antwort.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Mit der vorliegenden Interpellation stellt die SP-Fraktion vier Fragen an den Gemeinderat, wie er mit der Annahme der SVP-Volksinitiative gegen Masseneinwanderung vom 9. Februar 2014 umgehen will. Der Gemeinderat hat grosses Verständnis für die Betroffenheit, die hinter diesen Fragen steht, und es ist ihm bewusst, dass dieser Volksentscheid bei der ausländischen Wohnbevölkerung Unsicherheit und Angst ausgelöst hat. Mit der Annahme der Volksinitiative Anfang Jahr ist die Bundesverfassung zwar angepasst worden; wie diese Änderung nun aber konkret umgesetzt wird, das ist noch überhaupt nicht klar. Die entsprechende Ausführungsgesetzgebung gibt es noch gar nicht. Sie ist derzeit noch in Arbeit und wird voraussichtlich Ende Jahr erst im Entwurf vorliegen. Ab dem nächsten Jahr steht dann erst die Beratung des Gesetzes in den eidgenössischen Räten an. Damit ist derzeit noch in keiner Weise bekannt, wie das Ausführungsgesetz aussehen wird und welche konkreten Folgen dieser Volksentscheid nach sich zieht. Der Gemeinderat masst sich bewusst nicht an, über Dinge Auskunft zu geben, die in der zuständigen politischen Ebene noch gar nicht ausgearbeitet worden sind. Ich bitte deshalb um Verständnis, wenn der Gemeinderat aus diesem Grund kaum auf die hier vorliegenden Fragen eingehen kann. Die Gemeinde verfügt über keine Zahlen, welcher Arbeitgeber wie viele Ausländer beschäftigt. Auch das beco Berner Wirtschaft hat keine solchen Zahlen, weil Personen aus der EU seit einiger Zeit keine Bewilligungen mehr brauchen. Gemäss Gewereregister gibt es in der Gemeinde Worb rund 460 Arbeitgeber. Der Gemeinderat hat den Aufwand, auch in Anbetracht der Sparmassnahmen, als unverhältnismässig eingeschätzt, alle Arbeitgeber der Gemeinde in diesem Zusammenhang zu befragen. Wie bereits erwähnt, sind die

konkreten Folgen der Annahme der Initiative noch nicht bekannt. Deshalb kann die Gemeinde auch nicht informieren. Bisher haben sich bei der Gemeinde weder Unternehmen noch Mitarbeitende in dieser Frage gemeldet. Die Gemeinde hat auch weder von Schülerinnen und Schülern noch deren Eltern entsprechende Rückmeldungen erhalten. Ich betone aber hier gerne noch einmal: Die konkreten Folgen der Annahme der Initiative sind vorderhand noch unbekannt. Die Ausführungsgesetzgebung wird auf Bundesebene derzeit ausgearbeitet. Der Gemeinderat sieht wie erwähnt nicht vor, die ausländischen Bürger über mutmassliche Folgen des Volksentscheids zu informieren, solange diese nicht in der zuständigen politischen Ebene ausgearbeitet worden sind.

Le Fort Werthmüller Geneviève, SP: Danke Niklaus. Ich werde dann vielleicht im nächsten Jahr darauf zurückkommen.

## Einfache Anfrage der EVP-Fraktion betreffend Verkauf Schulhaus Wattenwil

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 353	08.09.2014	12	2013/17-134	1110	24/10

Gemeinderat Lädach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: In der Sitzung vom 23. Juni 2014 hat die EVP-Fraktion diesen parlamentarischen Vorstoss eingereicht. Was ist in Wattenwil passiert? Nachdem der Schulbetrieb im Schulhaus in Wattenwil-Bangerten im Sommer 2008 eingestellt worden war, wurde das Verkaufsverfahren erst im Sommer 2010 ausgelöst, weil das Haus noch bewohnt war. Neben verschiedenen privaten Interessenten hatte damals eine soziale Institution aus dem Bereich der Behindertenbetreuung ihr Kaufinteresse angemeldet. Im Rahmen von vertieften Abklärungen zogen sich die privaten Interessenten, ausser einem, vor allem aus Gründen des fehlenden ÖV-Anschlusses und die hohen Umbaukosten für die behindertengerechte Nutzung, zurück. Da für die soziale Institution der Mindestverkaufspreis von 860'000 Franken akzeptabel war, sie jedoch umfassende Machbarkeitsabklärungen durchführen musste, wurde damals auf eine weitere Ausschreibung verzichtet. Im Frühjahr 2012 teilte die Institution leider ebenfalls mit, dass sie auf einen Kauf verzichten müsse. Begründet wurde dieser Entscheid hauptsächlich mit der fehlenden Erschliessung des öffentlichen Verkehrs und den hohen Umbaukosten für eine behindertengerechte Nutzung des Hauses. Im Frühjahr 2013 wurde das Schulhaus erneut ausgeschrieben, allerdings mit mässigem Erfolg. Insbesondere wegen den Preisvorstellungen kam es zu keinen konkreten Angeboten, die zu einem Bietverfahren geführt hätten. Aufgrund einer erneuten Ausschreibung im Winter 2013/2014 gingen dann weitere Angebote ein. Aber diese Angebote waren klar unter den Erwartungen. Erst vor den Sommerferien 2014 fand eine letzte Ausschreibungsrunde statt. Das Bietverfahren wurde aufgrund der Sommerferien verschoben und das Bietverfahren läuft im Moment. Die Verhandlungen bzw. das Geschäft wird von Fritz Jenzer geführt. Ich beantworte nun die gestellten Fragen. Die Lage und der Preis des Objekts sowie die Kosten für einen Umbau waren für einen Verzicht ausschlaggebend. Entgegen der ursprünglichen Absicht, den Gemeinschaftsraum in den beiden Schulzimmern im Erdgeschoss zu realisieren, wurde eine Verlegung in den ehemaligen Handfertigungsraum im Untergeschoss vorgesehen. Der Raum ist mit rund 65 Quadratmetern Fläche grösser als derjenige in Ried. Ich habe bereits erwähnt, dass im Moment Verkaufshandlungen im Gang sind. Seit dem 18. August 2014 läuft das Bietverfahren. Zur vierten Frage möchte ich mich in einem laufenden Verfahren nicht äussern. Der Spielplatz soll der Ortsbevölkerung weiterhin er-

halten bleiben. Die Regelung der Nutzung ist über eine Dienstbarkeit vorgesehen. Der Gemeinschaftsraum ist nun im Unter- bzw. Erdgeschoss geplant. Es ist ein Halbgeschoss. Von der Strasse gelangt man in den Keller und das Erdgeschoss ist auf dem Niveau des Sportplatzes. Da eine Verlegung des Raumes in den ehemaligen Handfertigungsraum vorgesehen ist, wird dem Grossen Gemeinderat zusammen mit der Sanktionierung des Verkaufspreises eine Projektänderung vorgelegt werden müssen.

## Einfache Anfrage der GLP-Fraktion betreffend Umsetzung Zentralisierung Sekundarstufe 1

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 353	08.09.2014	13	2013/17-135	1109	16/0/0

Gemeinderat Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Eine Unterstützung durch die PH Bern ist möglich, wenn die Schulleitungen dies als notwendig erachten. Die Einflüsse und Ansprüche durch Drittpersonen werden durch die Entschädigung der Geschäftsleitung abgedeckt. Die drei Mitglieder der Geschäftsleitung der Schulleitungen sind mit insgesamt 60 Stellenprozenten von der Gemeinde angestellt. Die Anstellung des Vorsitzenden beträgt 30 Stellenprozent, diejenige der beiden übrigen Mitglieder je 15 Prozent. Die Kosten dafür trägt die Gemeinde. Lernende, das ist der allerneueste Ausdruck für Schülerinnen und Schüler, werden im Rahmen des Unterrichts vorbereitet. Das Departement Bildung unterstützt und entlastet die Schulleitungen. Es gibt keine besondere finanzielle Unterstützung für neue Schulleitungsmitglieder. Die Erfahrung im Primarschulkreis Worb, wo auf Anfang des Schuljahres 2014/15 neu Markus Schaller Schulleiter ist, hat gezeigt, dass eine finanzielle Unterstützung nicht erforderlich ist. Hilfestellung für die neue Schulleitung in Rüfenacht wird Oliver Rüesch leisten. Es werden vier Weiterbildungshalbtage ganz der Zentralisierung gewidmet sein. Das führt zu einer Entlastung der Lehrpersonen. In der Bildungsstrategie und im Schulprogramm werden zwecks Entlastung der Schulleitungen und Lehrpersonen Anpassungen vorgenommen. Weniger dringende Punkte werden verschoben. Die Gemeinde richtet wie bisher Sitzungsgelder aus für Aufträge, die weit über den Berufsauftrag hinausgehen.

Sitzungsende 22:50 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Gregor Messerli  
Präsident

Monika Gfeller  
Protokollführerin

Genehmigung Genehmigt in der Sitzung vom 13. Oktober 2014.

Thomas Wälti  
Sekretär